Nr. 31 + 22. Jahrgang

Berlin, 1. August 1914

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Am Vorabend des Weltkrieges.

Die Kriegswirren, die in den letzten Jahren die Länder der Balkanhalbinsel erschütterten, haben glücklicherweise nicht zu dem vielfach befürchteten Weltenbrand geführt. Die letzten Nachwehen jener Kriege sind die Kämpfe in Albanien, die jedoch nur lokale Bedeutung haben und den Frieden Europas nicht ernstlich berühren. Es mag zweifelhaft sein, ob die Balkankriege die schwere wirtschaftliche Depression, unter welcher wir nun schon so lange leiden, hervorgerufen haben, sicher aber ist es, daß die Krise durch sie verschärft und verlängert wurde. Neuerdings haben sich einige Anzeichen bemerkbar gemacht, die auf eine bevorstehende Neubelebung des Wirtschaftslebens hindeuteten, da sind Ereignisse eingetreten, welche alle aufkeimenden Hoffnungen jäh zerstören und die Gefahr des Weltkrieges wieder in unmittelbare Nähe rücken.

Die Regierung von Oesterreich-Ungarn hat die Absicht, den Manen des am 28. Juni ermordeten Thronfolgers Franz Ferdinand ein grausiges Sühneopfer zu weihen. Am Abend des 23. Juli hat der österreichische Vertreter in Belgrad der serbischen Regierung eine Note übrreicht, die Forderungen enthält, welche Serbien, wenn es sich nicht auf das tiefste demütigen will, unmöglich bewilligen kann. Die 48stündige Frist zur Beantwortung dieser Note ist am 25. Juli, abends 6 Uhr, abgelaufen. Der serbische Ministerpräsident hat, wie der offiziöse Draht aus Wien meldet, eine „ungenügende Antwort" erteilt. Das heißt in gewöhnliches Deutsch übersetzt, daß Serbien zu weitgehenden Zugeständnissen bereit war, aber Oesterreich-Ungarn will den Krieg! Der österreichische Gesandte ist alsbald mit seinem Personal abgereist; die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind abgebrochen. Die an der Donau, also unmittelbar an der Grenze liegende Hauptstadt Serbiens, Belgrad, ist vom Hof, der Regierung und auch von den Truppen geräumt worden. Das ist der Krieg! Europa harrt gespannt auf den ersten Kanonenschuß, mit welchem die Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern eröffnet werden, der aber zugleich das Signal zum Ausbruch des Weltkrieges sein kann.

Wenn der Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien auch durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers akut geworden ist, so liegen ihm doch wichtige wirtschaftliche Interessen zugrunde. Das Agrariertum in Oesterreich-Ungarn fürchtet die Konkurrenz Serbiens als eines Ausfuhrlandes für Produkte der Viehzucht. Das serbische Schwein ist der Schrecken der ungarischen Züchter. Die österreichische Politik ist von jeher darauf ausgegangen, den serbischen Außenhandel in möglichst engen Grenzen zu halten. Man erinnert sich, welche Anstrengungen die österreichische Politik gemacht hat, um nach Beendigung des Balkankrieges, als es sich um die Neuerrichtung der Grenzen der Balkanländer handelte, den Serben den Zugang zum Meere zu sperren. Bei der jetzt in Oesterreich zutage getretenen Kriegslust spielt, wenn nicht direkte Eroberungslust, so doch mindestens der Wunsch eine erhebliche Rolle, die Wirtschafts- und Handelspolitik Serbiens in weitgehendem Maße den Interessen Oesterreich-Ungarns anzupassen.

Zu diesem rein wirtschaftlichen Gegensatz kommt noch ein wichtiger nationaler. Bis zum 14. Jahrhundert bestand im Norden der Balkanhalbinsel das Großserbische Reich, welches dann eine Beute der Türken wurde. Die Erinnerung an ihre frühere ruhmreiche Geschichte war bei den Serben immer lebendig gewesen, und als es den slawischen Völkern auf der Balkanhalbinsel im vorigen Jahrhundert allmählich gelang, das türkische Joch abzuschütteln, da war die Wiederherstellung eines Großserbischen Reiches der Traum besonders der herrschenden Klassen im Königreich Serbien. Der Verwirklichung dieses Traumes standen aber sehr erhebliche Hindernisse entgegen. Oesterreich-Ungarn hat ein sehr starkes Interesse, das Zustandekommen eines mächtigen Reiches an seiner südlichen Grenze zu verhüten; um so mehr, als innerhalb der österreich-ungarischen Grenzen eine große Zahl von Südslawen wohnen, deren Sympathien den Serben gehören.

Das gilt insbesondere auch von Bosnien und der Herzegowina. Diese Länder gehörten früher zur Türkei. Im Jahre 1878 wurden sie von Oesterreich „okkupiert", d. h. sie blieben dem Namen nach türkische Provinzen, erhielten aber österreichische Verwaltung und wurden durch österreichische Truppen besetzt. Im Jahre 1908 wurden diese Provinzen auch förmlich von Oesterreich annektiert. Dieser Schritt löste in Serbien große Erregung aus. Dort war immer noch die Hoffnung gehegt worden, daß Bosnien und die Herzegowina, diese Länder mit überwiegend serbischer Bevölkerung, einst Bestandteile des künftigen Großserbien werden sollten. Die Annexion durch Oesterreich hat diese Hoffnung zuschanden gemacht.

Wenn auch das offizielle Serbien sich schließlich mit dem Zustand der Dinge abgefunden hat, gewann der Nationalismus im Lande immer mehr Boden. Es wurden Vereine zur Pflege eines übertriebenen Nationalismus gegründet. War doch das Selbstgefühl der Serben durch die zwei glücklichen Balkankriege mächtig gehoben worden. Die Propaganda für Großserbien hielt sich nicht an die eigenen Landesgrenzen, überall wo Serben in größerer Zahl wohnen, insbesondere also in den benachbarten österreichischen Kronländern, wurde eine Agitation entfaltet, die letzten Endes auf die Losreißung dieser Länder und ihre Verbindung mit Serbien gerichtet war.

Als ein Opfer dieser Agitation fiel der Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau, die Gräfin von Hohenberg, die am 28. Juni in Sarajewo, der Hauptstadt von Bosnien, ermordet wurden. Die Mörder waren junge Leute, nationalistische Fanatiker, die geglaubt hatten, mit der Ermordung des Thronfolgers der serbischen Sache einen Dienst zu erweisen. Es hieß dann, daß die Mordtat das Ergebnis eines wohlvorbereiteten Komplotts war, das in Serbien geschmiedet wurde. Serbische Offiziere sollen die Hand im Spiele gehabt, die Mörder gedungen und sie mit Waffen versehen haben.

Die österreichische Regierung verlangte nun in ihrem Ultimatum von der serbischen Regierung Genugtuung in einer Form, die es dieser unmöglich macht, auf die österreichischen Forderungen einzugehen. Oesterreich will es zum Kriege treiben, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in einem solchen Kriege das kleine Serbien notwendig den kürzeren ziehen müßte — wenn es allein bliebe. Die Hilfe, die es von seinen Verbündeten aus dem zweiten Balkankrieg, Montenegro und Griechenland, erfahren wird, dürfte ihm wenig nützen. Aber im Hintergrund lauert Rußland, das sich als Schutzpatron der Balkanstaaten und Vormacht des Slawentums fühlt.

Alsbald nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien wurde von Bemühungen berichtet, den bevorstehenden Krieg zu lokalisieren, das heißt zu verhindern, daß sich andere Mächte an ihm beteiligen. Sollten diese Bemühungen Erfolg haben, so wäre das auf das lebhafteste zu begrüßen, obwohl auch ein so lokalisierter Krieg der Schrecken genug in sich birgt. Die Gefahr ist aber ungeheuer groß, daß diese Bemühungen ergebnislos bleiben. Die Bündnisse, die zwischen den europäischen Großmächten bestehen, berechtigen leider zu der Befürchtung, daß der beginnende Krieg sich auf einer viel breiteren Grundlage abspielt, und daß insbesondere Deutschland, als der enge Verbündete Oesterreich-Ungarns sich verpflichtet fühlt, für dieses Partei zu ergreifen. Es sei hier nur auf die Tatsache hingewiesen, daß dem Dreibund: Deutschland—Oesterreich—Italien der Zweibund: Rußland—Frankreich gegenübersteht, welch letzterem auch England, wenn auch wohl nicht durch formelle Verträge gebunden, so doch durch losere Abmachung, nahesteht. Der Hinweis auf diese Gruppierung der Mächte genügt, um die ungeheure Gefahr zu ermessen, die dem Frieden Europas droht, wenn es zur Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Serbien kommt, und wenn es nicht gelingt, den Krieg zu lokalisieren.

Ueber die Bedeutung eines Krieges, und zumal eines Krieges, in welchen das Deutsche Reich verwickelt wird, scheint man sich vielfach nicht klar zu sein. Nach den Berichten aus verschiedenen deutschen Städten löste die Ablehnung des österreichischen Ultimatums durch Serbien eine Begeisterung aus, für die man schwer eine Erklärung finden kann. Gewiß dürften es auch anderwärts, wie es in Berlin der Fall war, meist unreife Burschen aus den sogenannten „besseren Ständen" sein, die ihrem patriotischen Ueberschwang durch Umzüge unter Absingen patriotischer Lieder und Verübung von Radau Ausdruck gaben. Aber die Tatsache, daß es überhaupt möglich war, die Gefahr eines Krieges mit Jubel zu begrüßen, gibt doch zu denken.

Der Ausbruch eines Krieges ist ein Rückfall in die Barbarei. Alles, was die Menschheit in den langen Jahren des Friedens mühsam, oft unter schweren Opfern errichtet hat, wird durch den Krieg zerstört. Schon jetzt, in den Tagen der Spannung, die dem eigentlichen Kriegsausbruch vorangehen, zeigen sich die unheilvollen Wirkungen des Krieges. Von allen Börsenplätzen wird ein rapides Stürzen der Kurse gemeldet. Das ist eine Erscheinung, die nicht nur die Besitzer der Börsenpapiere angeht. Der Sturz der Kurse bedeutet für gar viele gewerbliche Unternehmungen den Bankrott, er bedeutet für viele Arbeiter den Verlust der Erwerbsmöglichkeit. Der Umfang der Arbeitslosigkeit hat gegenüber dem Vorjahr ein wenig nachgelassen, wir hatten uns der Hoffnung hingegeben, daß wir nunmehr langsam besseren Zeiten entgegengehen. Die wenigen Tage der Kriegsgefahr haben diese Hoffnung grausam gestört, wir müssen uns auf eine riesig gesteigerte Arbeitslosigkeit gefaßt machen, die unsere gewerkschaftliche Tätigkeit auf das schwerste lähmt. Damit müssen wir leider auch für den günstigeren Fall rechnen, daß die deutschen Grenzen von den Schrecken des Krieges verschont bleiben.

Weit schrecklicher aber werden die Folgen, wenn dieser Kelch nicht an uns vorübergehen sollte. Noch hoffen wir, daß die Gewalthaber in Deutschland Einsicht genug besitzen, sich nicht von dem Kriegsgeschrei gefangen nehmen zu lassen. In dem Augenblick, in dem Deutschland zur Mobilmachung schreitet, werden Hunderttausende junge, kräftige Leute aus ihrem Beruf gerissen. Der Sohn muß seine alten Eltern verlassen, deren Stütze er war, der Familienvater muß sich von Weib und Kindern trennen und sie im Elend zurücklassen. Ob die zur Fahne Berufenen je zurückkehren, ob sie, wenn sie wiederkommen, ihre gesunden Glieder mitbringen, ob nicht in der Zwischenzeit ihre Angehörigen in Not und Elend verkommen sind? Wer vermag es zu sagen?

Kaum besser als das Los derer, die sich den Gefahren und den Strapazen eines Feldzuges aussetzen müssen, ist das Schicksal der Zurückbleibenden, denen durch das Darniederliegen von Gewerbe und Handel die Verdienstmöglichkeit unterbunden ist. Wir wollen von den riesigen Summen, die der Krieg kostet, nicht sprechen, nicht sprechen von den vielen Tausenden von Toten und Verwundeten, die auf den Schlachtfeldern verbluten, von den verbrannten Dörfern, den verwüsteten Städten. Wer nur ein wenig die Folgen des Krieges überdenkt, muß sich mit Abscheu von der Verwirklichung solcher Bilder abwenden.

Die ungeheueren Opfer, die ein Krieg erfordert, lasten am schwersten auf den Arbeitern, deshalb sind auch die Arbeiter an erster Stelle berufen, ihre warnende Stimme gegen den Krieg zu erheben. Wir verabscheuen die Barbarei des Krieges und wollen unser möglichstes tun, dem Vaterlande die Segnungen des Friedens zu erhalten.

Die Akkordarbeit in unserem Vertragswesen.

(Schluß.)

SS. Als Gegenstück zur Abneigung, die früher bei vielen unserer Kollegen gegen die Akkordarbeit herrschte, tritt jetzt die gleiche Erscheinung bei den Unternehmern zutage. Eine gewisse Sorte kann es sich ja immer noch nicht abgewöhnen, Schmutzkonkurrenz zu treiben und empfindet dabei nichts störender als festumschriebene, allgemein durchgeführte Akkordtarife. Wie blühte doch früher dieses löbliche Gewerbe, wo man sich bei dem Innungsnachweis oder auf der Herberge zur Heimat die jungen, unerfahrenen und — ausgehungerten Gesellen holte, und ihnen dann die unverschämtesten Zumutungen stellte, solange sie es sich gefallen ließen. Das ist inzwischen doch ein klein wenig anders geworden, diesen Leuten ist durch die Verträge das Handwerk etwas gelegt, sofern natürlich auf allen Seiten für strikte Einhaltung der Verträge gesorgt wird. Dennoch kommt es vor, daß dem Arbeiter nach Fertigstellung einer Tarifarbeit, an welcher er einen Ueberschuß verdient hat, erklärt wird: Das ist nicht Akkord-, sondern Lohnarbeit gewesen! Und der sauer verdiente Ueberschuß wandert in die Tasche des Unternehmers. Nicht vereinzelt ist auch die Tatsache zu konstatieren, daß die Unternehmer die besseren Akkordpositionen von vornherein in Stundenlohn vergeben wollen, natürlich mit der Absicht, den Arbeiter desto gründlicher ausbeuten zu können. Um diesem Streben einen Riegel vorzuschieben, besagt der Vertrag:

> Auf Verlangen des Arbeitgebers oder der Arbeiter sind alle Arbeiten, für welche der Preis tariflich festgelegt ist, in Akkord auszuführen.

Es sollte hier allerdings noch hinzugefügt werden „und zu berechnen!" Dann kann der Arbeiter, wenn ihm der Akkordverdienst streitig gemacht werden soll, bei der Schlichtungskommission und eventuell beim Gewerbegericht mit Erfolg klagbar werden.

Die übrigen Bestimmungen des Mustervertrages über die Akkordarbeit bedürfen einer Erläuterung wohl kaum. Notwendig ist vor allen Dingen, daß sich unsere Kollegen in erster Reihe selber über die vorhandenen Mißstände in ihren

Betrieben die erforderliche Uebersicht verschaffen und dann an der Hand der Mustervorlage geeignete Vorschläge zur Besserung ausarbeiten. Ohne Fleiß und Mühen fallen uns keine Erfolge in den Schoß, und das besonders auf dem Gebiete der Regelung der Akkordarbeit nicht. Unklare oder unverstandene Bestimmungen des sonst besten Vertrages sind imstande, alles über den Haufen zu werfen, nicht nur die Erfolge früherer Bewegungen werden dabei vernichtet, es führt auch zu unausgesetzten Verschlechterungen innerhalb des geltenden Vertrages. Die Arbeitsweise in Verbindung mit der rapiden Entwicklung der maschinellen Hilfsmittel in der Holzindustrie ist einer fortgesetzten Revolutionierung unterworfen. Der moderne Unternehmer, der heute mit der Arbeiterorganisation notgedrungen über die Gestaltung und Regelung der Arbeitsbedingungen verhandeln muß, sinnt morgen schon wieder irgendeine Finesse aus, um unter Ausschaltung der Organisationsmacht und Anwendung seiner wirtschaftlichen Ueberlegenheit dem einzelnen Arbeiter andere und schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Da heißt es dann für die Arbeiter, nicht nur wachsam sein und solche Anschläge sofort abzuschlagen, sie müssen sich auch in ihrer Organisation ein Instrument schaffen, das stets scharf und schneidig für ihre Verteidigung zur Verfügung steht.

Neben diesen Vorbedingungen ist bei der immer dringender werdenden Regelung der Akkordarbeit ein tieferes Eindringen in die Materie selbst nötig. Viele unserer Akkordtarife leiden an einer starken Systemlosigkeit, sie sind teilweise veraltet und der Entwicklung der veränderten Arbeitsweise sowie der Maschinentechnik nicht gefolgt. Gerade letzterer Umstand bringt uns viele Scherereien, ohne daß den beteiligten Kollegen in allen Fällen ihr Recht zuteil wird.

Der Aufbau eines Akkordtarifes ist nicht so einfach zu bewerkstelligen, wie es nach der Fertigstellung den Anschein hat. In vielen Fällen begnügt man sich mit der Vereinbarung von Preisen für Handarbeit und läßt die Maschinenarbeit gänzlich unberücksichtigt. Das muß natürlich bei den vielfach schon hochentwickelten maschinellen Hilfsmitteln zu fortwährenden Auseinandersetzungen führen. Solche Mängel sollten bei Erneuerung des Vertrages möglichst ausgemerzt werden. Es läßt sich dafür allerdings nicht so ohne weiteres ein bestimmtes Schema vorschlagen, weil vor allem die örtliche und betriebliche Arbeitsweise zu berücksichtigen ist. Im Laufe der Jahre hat sich das System immer mehr herausgebildet, die Preise für Handarbeit zu berechnen und alsdann für geleistete Maschinenarbeit einen entsprechenden Abzug festzusetzen. Ziemlich ausführlich sind in dieser Beziehung die Bestimmungen des Bautischlertarifes für **Chemnitz**, der zunächst möglichst detailliert die Handarbeitspreise bestimmt und dann folgende Position über **Maschinenarbeit** enthält:

a) Schneiden und Hobeln für sämtliches Holz der Akkordarbeit: Abzug 18 Prozent. b) Schneiden, Hobeln, Stemmen, Ausklinken, Zapfen, Ausschlagen, Nuten, Kehlen, Falzen, Füllungen vorfügen sowie von Größen schneiden, Abplatten, Türen ausfälzen, Keile schneiden sowie sämtliche dazu gehörende Kehlleisten, Simse, Sprossen, Verdopplungen und dergleichen: Abzug 44 Prozent. c) Türen selbst ausfälzen, sonst wie b): Abzug 41 Prozent. d) Zapfen selbst absetzen: Abzug 42 Prozent. e) Sockel schneiden, hobeln, kehlen: Abzug 30 Prozent. f) Belege schneiden, hobeln, kehlen, schlitzen sowie dazu gehörende Sockel schneiden, hobeln, kehlen und anschlitzen: Abzug 35 Prozent. g) Genutete Futter schneiden, hobeln, kanten, vorfügen, Nuten, Federn schneiden, von Breiten machen sowie bei hohen Futtern, Kämpfer kehlen: Abzug 23 Prozent. h) Stäbe in die Futter gefräst: Abzug 25 Prozent. i) Die Maschinenarbeit muß gut ausgeführt sein, im anderen Falle muß die dadurch entstehende Handarbeit in Lohn gezahlt werden. k) Der Geselle hat für genaue Angaben der Maschinenarbeit Sorge zu tragen.

Für **Königsberg** ist folgende Vereinbarung über die Abzüge für Maschinenarbeit getroffen:

Grundlage für Türen (stumpf und profil):
10 Stück schwedische, sechs Füllungen, à 6,70 Mk. = 67,— Mk.

	Abzug
1. Zu- od. Abschneiden u. Aufreißen	4 Proz.
2. Trennen	4½ „
3. Hobeln	4½ „
4. Zureißen	2 „
5. Schlitzen per Bandsäge	4½ „
6. Bohren	7 „
7. Kehlen und Nuten	9 „
8. Füllungen verleimen	2½ „
9. Abplatten	7 „
Insgesamt	45 Proz.

Grundlage für Fenster:
12 Fensterfutter, doppelt, 4flügelig, à 12 Mk. = 144 Mk.

	Abzug
1. Ab- oder Zuschneiden und Aufreißen	4½ Proz.
2. Schneiden	5¾ „
3. Hobeln	5¾ „
4. Zureißen	5¾ „
5. Schlitzen per Bandsäge	10 „
6. Kehlen	6 „
Insgesamt	37¾ Proz.

In einer Reihe anderer Tarife ist bei Maschinenarbeit ebenso wie bei Handarbeit der genaue Preis für die Arbeitsleistung fixiert. Die Arbeit wird nach Maß und Stückzahl genau vorschrieben und alsdann **Handarbeit** und für **Fertigstellung von Maschinenarbeit** der Preis festgesetzt. Der **Hamburger** Tarif besagt dazu:

„Bei Maschinenarbeit sind die Preise so zu verstehen, daß Zuschneiden, Zureißen, Absetzen und Bogenzusammenlegen nicht mit einbegriffen sind und das Holz allseitig fertig bearbeitet an die Bank geliefert wird.

Bei der Vorarbeitung des Holzes (Hobeln, Schneiden und Transportieren zur Maschine) darf dem Arbeiter nur der dafür berechnete Preis in Anrechnung gebracht werden."

Für die Spezialbetriebe (Möbelfabriken) gilt noch folgende Bestimmung:

„In Werkstätten ohne eigenen Maschinenbetrieb wird die Herstellung der Maschinenarbeit vom Arbeitgeber bezahlt. Muß in solchen Werkstätten der Akkordarbeiter zur Beaufsichtigung bei der Maschine anwesend sein, so ist die Zeit in Stundenlohn zu bezahlen."

Alle diese und ähnliche Bestimmungen sind nicht in jedem anderen Falle anwendbar, es muß vielmehr stets genau geprüft werden, an welchem Ende der Hebel anzusetzen ist. Die angegebenen Beispiele sollen nur Fingerzeige bedeuten, das übrige müssen die Kollegen selber in praktischer Arbeit aufbauen und weiter vervollkommnen. Was bisher besteht, kann zwar als guter Anfang angesprochen werden, aber viel mehr ist es auch noch nicht. An manchen Orten schießen die Mißstände immer noch üppig ins Kraut, ohne daß sich die Kollegen ernstlich um deren Abstellung bemühen. Man redet eben häufig lieber über „Taktik", als sich den Kopf mit den nächstliegenden Aufgaben bei der Vertragsbewegung zu zerbrechen. Darauf rechtzeitig hinzuweisen, die schöpferische Kraft unserer Kollegen auf ein wirklich wichtiges Gebiet zu lenken und positive Gewerkschaftsarbeit zu leisten, das sollte der Zweck dieser Zeilen sein.

Die Arbeitszeit der Holzindustriearbeiter in Württemberg.

t. Auf Grund von Verfügungen des Ministeriums des Innern vom 16. September 1902 und 30. August 1910 finden in Württemberg alljährlich im Herbst von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel Ermittlungen über die Zahl der in gewerblichen und industriellen Anlagen des Landes beschäftigten Arbeiter statt, soweit diese der Gewerbeinspektion unterstehen. Mit der im Herbst 1912 vorgenommenen Erhebung war wiederum, wie bereits im Jahre 1902 und 1905, eine Untersuchung über die regelmäßige Arbeitszeit und über die Pausen der über 16 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen verbunden, deren Resultat soeben von dem Württembergischen Statistischen Landesamt veröffentlicht wird. Veranlassung zur Wiederholung dieser Erhebung war vor allem der Umstand, daß am 1. Januar 1910 die Gewerbeordnungsnovelle vom 28. November 1908 betreffend die Einführung der zehn- bezw. achtstündigen Arbeitszeit für die Arbeiterinnen in allen Betrieben mit in der Regel mindestens zehn Arbeitern in Kraft getreten war. Somit ließ sich die Wirkung dieser Novelle auf die Arbeitszeit der Gesamtarbeiterschaft am verhältnismäßig günstigsten beobachten. Eine weitere Hinausschiebung hätte die Beobachtung erschwert, weil sich die Wirkung für die Folge abschwächen mußte. Aus ähnlichen Gründen war auch eine frühere Erhebung nicht zweckmäßig.

Die Erhebung ergab für Württemberg insgesamt 13 576 inspektionspflichtige Anlagen und Betriebe mit 286 646 gewerblichen Arbeitern. Gegenüber dem Jahre 1902 bedeutet das eine Zunahme von 67,8 bei den Betrieben und von 55,7 Prozent bei den Arbeitern. In diesen Ziffern prägt sich die Umwälzung aus, die sich in gewerblicher und industrieller Beziehung in Württemberg vollzieht und den früheren Agrarstaat zum Industriestaat umwandelt. Auch die Holzindustrie ist an diesem Aufschwung beteiligt. Im Jahre 1902 betrug die Zahl der holzindustriellen Betriebe 1577, die der Arbeiter 13 691. Bei der Erhebung im Jahre 1912 wurden in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe dagegen 2285 Betriebe mit 20 335 Arbeitern festgestellt. Die Zahl der Betriebe hat sich somit um 44,9 Prozent, die der Arbeiter um 48,5 Prozent vermehrt. Eine Klassifikation der Betriebe wird nicht gegeben; aber auch so lassen die Verhältnisse erkennen, daß wie im allgemeinen, auch in der Holzindustrie Württembergs noch immer der kleine und mittlere Betrieb vorherrschend ist. Gleichwohl ist auch hier die Entwicklung zum Großbetriebe unverkennbar, die sich sowohl in der immer stärker werdenden Spezialisierung wie auch in der Verwendung der früher in der Holzindustrie fast unbekannten Frauenarbeit und der jugendlichen Arbeiter bemerkbar macht. Am 1. Oktober 1912 wurden beschäftigt 17 472 erwachsene männliche, 1015 erwachsene weibliche, 1555 jugendliche männliche, 206 jugendliche weibliche Arbeiter sowie 71 männliche und 16 weibliche Kinder unter 14 Jahren. Seit 1902 hat die Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeitskräfte um 284, die der jugendlichen um 749 zugenommen, die Zahl der beschäftigten Kinder hat sich sogar nahezu verdoppelt. Wenn auch die Gesamtzahl der beschäftigten Kinder keine große ist und für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse keine Rolle spielt, so läßt sich doch eine besondere Wirkung des Kinderschutzgesetzes nicht erkennen.

Was nun die für die Holzindustrie in Betracht zu ziehende Beschäftigungsdauer der Arbeiter betrifft, so lassen sich leider zwischen dem Jahre 1902 und 1912 keine eingehenderen Vergleiche aufstellen. Aber auch so ergibt sich gegen damals ein unleugbarer Fortschritt. Dieser ist einesteils auf die endliche Festsetzung einer Maximalarbeitszeit für die Arbeiterinnen, andererseits auf die gewerkschaftliche Organisationstätigkeit zurückzuführen, die überall und bei allen Lohnkämpfen die Verkürzung der Arbeitszeit an die Spitze der zu erhebenden Forderungen stellte. Am deutlichsten sieht man den errungenen Fortschritt an den Arbeitsverhältnissen der Arbeiterinnen. Im Jahre 1902 hatten von insgesamt 44 Betrieben, die 657 Arbeiterinnen beschäftigten, nur fünf mit 47 Arbeiterinnen eine Arbeitszeit von neun Stunden und weniger, 28 Betriebe mit 476 Arbeiterinnen über neun bis zehn Stunden und elf Betriebe mit 184 Arbeiterinnen über zehn bis elf Stunden. Im Jahre 1912 dagegen finden wir, daß von insgesamt 105 Betrieben mit 972 Arbeiterinnen 11 Betriebe mit 26 Arbeiterinnen eine Arbeitszeit bis acht Stunden, 20 Betriebe mit 158 Arbeiterinnen von acht bis neun Stunden und 74 Betriebe mit 788 Arbeiterinnen von neun bis zehn Stunden haben. Die elfstündige Arbeitszeit ist durch Gesetz völlig in Wegfall gekommen, aber auch sonst ist die Arbeitszeitverkürzung unverkennbar. Das gleiche trifft für die Arbeitszeit an den Samstagen zu, die gesetzlich über acht Stunden nicht hinausgehen darf. Die Organisation wie das wachsende Verständnis der Arbeiter für den Wert einer Arbeitsverkürzung half auch hier nach, und so ergibt sich, daß die Arbeitszeit an den Samstagen eine über die gesetzliche Beschränkung hinausgehende Verkürzung erfahren hat. So hatten von den bereits angeführten 105 Betrieben 80 mit 814 Arbeiterinnen an den Samstagen eine Arbeitszeit von sieben bis acht Stunden, 15 Betriebe mit 115 Arbeiterinnen eine solche von sechs bis sieben Stunden und zehn Betriebe mit 43 Arbeiterinnen bis sechs Stunden.

Zweifellos ist die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung für die Arbeiterinnen, wie in anderen Industriezweigen, auch in der Holzindustrie nicht ohne Wirkung auf die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter geblieben. Selbstverständlich konnte dieselbe nur eine indirekte sein, da ein gesetzlicher Schutz für die Arbeiter in dieser Richtung nicht besteht. Immerhin ist die elfstündige Arbeitszeit noch verhältnismäßig stark vertreten. Das Gesamtbild über die Arbeitszeit an den gewöhnlichen Wochentagen ist folgendes: Von insgesamt herangezogenen 469 Betrieben mit 13 351 Arbeitern hatten zwei Betriebe mit zwei Arbeitern eine reine Arbeitszeit bis acht Stunden, 47 Betriebe mit 2181 Arbeitern über acht bis neun Stunden, 294 Betriebe mit 8295 Arbeitern über neun bis zehn Stunden, 123 Betriebe mit 2889 Arbeitern über zehn bis elf Stunden, drei Betriebe mit 34 Arbeitern eine solche von mehr als elf Stunden. An den Samstagen betrug die Arbeitszeit für acht Betriebe mit 126 Arbeitern bis sechs Stunden, bei acht Betrieben mit 304 Arbeitern über sechs bis sieben Stunden, bei 60 Betrieben mit 2811 Arbeitern sieben bis acht Stunden, 119 Betriebe mit 3090 Arbeitern acht bis neun Stunden, 203 Betriebe mit 5491 Arbeitern neun bis zehn Stunden, 68 Betriebe mit 1505 Arbeitern zehn bis elf Stunden, drei Betriebe mit 24 Arbeitern mehr als elf Stunden. Im allgemeinen scheint sich die Durcharbeitszeit an den Samstagen immer mehr einzubürgern, wennschon es damit sehr langsam geht. Die wöchentliche Arbeitszeit ergibt für 17 Betriebe und 39 Arbeitern bis 48 Stunden, vier Betriebe mit 72 Arbeitern 49 Stunden, zwei Betriebe mit 26 Arbeitern 50 Stunden, ein Betrieb mit einem Arbeiter 51 Stunden, elf Betriebe mit 193 Arbeitern 52 Stunden, 47 Betriebe mit 1984 Arbeitern 53 Stunden, 20 Betriebe mit 544 Arbeitern 54 Stunden, 47 Betriebe mit 1022 Arbeitern 55 Stunden, 63 Betriebe mit 1992 Arbeitern 56 Stunden, 44 Betriebe mit 1049 Arbeitern 57 Stunden, 56 Betriebe mit 1240 Arbeitern 58 Stunden, 40 Betriebe mit 1001 Arbeitern 59 Stunden, 105 Betriebe mit 2466 Arbeitern 60 Stunden, 14 Betriebe mit 661 Arbeitern 61 Stunden, 13 Betriebe mit 353 Arbeitern 62 Stunden, elf Betriebe mit 227 Arbeitern 63 Stunden, zwei Betriebe mit 39 Arbeitern 64 Stunden, 32 Betriebe mit 791 Arbeitern 65 Stunden, 40 Betriebe mit 552 Arbeitern 66 Stunden, fünf Betriebe mit 71 Arbeitern über 66 Stunden. Die über 60 Wochenstunden hinausgehende Arbeitszeit entfällt hauptsächlich auf die Sägewerke, deren Arbeitsverhältnisse im allgemeinen noch etwas rückständige sind. Für die kürzeren Arbeitszeiten von 53 und 54 Wochenstunden kamen vornehmlich die Pianofortefabriken und größere Möbelfabriken in Frage, während die Arbeitszeiten von 54 bis 60 Stunden auf die Holzwarenfabriken, Bau- und Möbelschreinereien entfallen.

Der Beginn der Arbeit ist zum großen Teil trotz des Umstandes, daß vielfach die Arbeiter weite Wege zurückzulegen haben, noch ein sehr früher. Die Arbeitszeit begann bei 168 Betrieben und 4191 Arbeitern zwischen 5 und 6 Uhr und um 6 Uhr, 294 Betrieben und 8999 Arbeitern zwischen 6 und 7 und um 7 Uhr, bei sieben Betrieben mit 161 Arbeitern zwischen 7 und 8 und um 8 Uhr. Entsprechend erfolgte der Arbeitsschluß bei vier Betrieben mit 31 Arbeitern vor und um 5 Uhr, 322 Betrieben mit 10 469 Arbeitern zwischen 5 und 6 und um 6 Uhr, 142 Betrieben mit 2841 Arbeitern zwischen 6 und 7 und um 7 Uhr, ein Betrieb mit zehn Arbeitern zwischen 7 und 8 Uhr. Der Arbeitsbeginn an den Samstagen weicht von dem der übrigen Wochentage wenig ab, anders der Arbeitsschluß. Dieser erfolgte bei elf Betrieben mit 274 Arbeitern bis mittags 1 Uhr, bei sechs Betrieben mit 187 Arbeitern bis 2 Uhr, zwei Betrieben mit 253 Arbeitern bis 3 Uhr, 29 Betrieben mit 899 Arbeitern bis 4 Uhr, 133 Betrieben mit 4185 Arbeitern bis 5 Uhr, 225 Betrieben mit 6415 Arbeitern bis 6 Uhr, 62 Betrieben mit 1128 Arbeitern bis 7 Uhr und ein Betrieb mit zehn Arbeitern bis 8 Uhr.

Die in die Arbeitszeit fallenden Pausen sind für die Arbeiter nach Ort, Betriebsart und Arbeiterzusammensetzung sehr verschieden bemessen. Die Mehrzahl der Betriebe hat an gewöhnlichen Wochentagen drei Pausen, dagegen muß sich ein nicht kleiner Teil der Arbeiterschaft noch mit einer Pause begnügen. Im Vergleich zu den im Jahre 1905 festgestellten Verhältnissen hat sich der Prozentsatz der Arbeiter mit über eine Stunde hinausgehenden Mittagspausen nicht unerheblich erhöht, zum Teil auf Kosten der übrigen Tagespausen. Einer weiteren Ausdehnung stehen die Wohnverhältnisse der Arbeiter entgegen. Die Zahl der

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bernau (Liebe Nachf.), Burg (Bettge), Coblenz, Culmsee, Darmstadt (Polytechn. Institut J. Schröder A.-G.), Detmold (Kottmeyer), Goldap, Halle an der Saale (Ludwig Kathe u. Sohn), Königsberg (Nordd. Holzindustrie), Lindau i. Bodensee, Lörrach (Gebr. Maier), Lübben, Lüchow, Miesbach, Rudolstadt (Fa. Zilkow), Schönlanke, Sindlingen (J. Ph. Nägler), Stolp (Mitley), Sulingen, Schaffhausen, Wolgast (Holzhäusergesellschaft).

Modelltischlern nach Gossen.

Stuhlbauern und Polierern nach Turn-Teplitz in Böhmen.

Klaviermachern nach Gotha (Steck-Pianofabrik).

Klaviaturarbeitern nach Barmen (W. G. Bühl).

Drechslern nach Hersbruck, Schönlanke.

Schuhleistenmachern nach Bickenbach bei Darmstadt (L. Dietrich).

Vergoldern, Grundierern, Verzierern und Farbigmachern nach Rudolstadt, Jerrestad in Schweden.

Stellmachern nach Altenessen (Karosserief. Wehling), Halle a. d. S. (Ludwig Kathe u. Sohn), München, Stuttgart (Karosseriefabr. Reutter und Auer).

Korbmachern nach Stralau und Rädnitz (Stralauer Glashütte), Lenzburg in der Schweiz.

Kammachern nach Britz bei Berlin (Bloch), Griesheim (Best), Salzuflen.

Stockarbeitern nach Cassel (Osk. Rochol, Inh. Wild), Wetterburg.

Werftarbeitern nach Motzen bei Vegesack.

Sägern und Maschinenarbeitern nach Miesbach, Kotscherinowo in Bulgarien (Fa. Balabanoff).

---

sogenannten „Pendelwanderer", das sind die Arbeiter, die von teilweise weitentfernten Wohnorten an die Arbeitsstelle kommen, nimmt ständig zu. Die Mietspreise sind in den Industrieorten in fortgesetztem Steigen begriffen und zwingen die Arbeiter ihre Wohnung zum Teil weit über die Peripherie hinaus in teilweise recht entlegenen Orten der Umgebung zu suchen. So hatten z. B. von den Arbeitern, die am 1. Oktober 1910 in Groß-Stuttgart beschäftigt waren, 15 307, darunter 2798 weibliche, ihren Wohnsitz außerhalb Stuttgarts und seiner nächsten Vororte in nicht weniger als 314 Gemeinden. Alle diese Arbeiter haben das Interesse, abends möglichst früh heim zu kommen, was der Einführung langer Pausen entgegenwirkt. Dementsprechend betrug die Mittagspause an den gewöhnlichen Wochentagen bei zwei Betrieben mit zwei Arbeitern eine halbe Stunde, 320 Betrieben mit 8061 Arbeitern bis eine Stunde, 146 Betrieben mit 5123 Arbeitern 1 bis 1½ Stunden, ein Betrieb mit 165 Arbeitern zwei Stunden. Die gleichen Umstände wirken auch an den Samstagen auf die Verkürzung der Pausen bezw. ihren Wegfall und in Verbindung damit auf eine frühere Beendigung der Arbeit hin.

Fassen wir das Ergebnis der angeführten Zahlen zusammen, so haben 15 Prozent der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter eine Arbeitszeit von weniger als neun Stunden, 62 Prozent eine solche von neun bis zehn Stunden und 23 Prozent von mehr als zehn Stunden. Damit beiben die Holzarbeiter hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurück, der für 19,5 Prozent der Gesamtarbeiterschaft eine Arbeitszeit von neun Stunden und weniger und für 72,5 Prozent eine solche von neun bis zehn Stunden ergibt. Wie aber schon bemerkt, ist diese ungünstige Durchschnittsziffer durch die Einbeziehung der Sägemühlbetriebe mit ihren langen Arbeitszeiten herbeigeführt, bei deren Arbeiterschaft die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen noch verhältnismäßig wenig Anhänger gefunden haben. Diese Tatsache wird Anlaß zu geben haben, diesen Arbeitern eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, um auch sie für die moderne Arbeiterbewegung zu gewinnen. Im übrigen müssen die angeführten Zahlen dazu anspornen, mit aller Energie auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken.

Aus der Stockindustrie.

Aus den Kreisen der Stockarbeiter wird uns geschrieben:

K. Vor Jahren wurde von den deutschen Stockfabrikanten eine zentrale Organisation: Der Arbeitgeber-Schutzverband mit dem Sitz in Cassel gegründet, dem zurzeit 29 Unternehmer mit etwa 1000 Beschäftigten angehören. Neuerdings haben sich auch neun Hornheftfabrikanten aus Solingen und Umgebung dem Verbande angeschlossen. Neben diesem besteht noch der lokale Verband der Berliner Stockfabrikanten mit 13 Mitgliedern und etwa 350 Beschäftigten. Beide Organisationen sind Mitglieder im Rahardtschen Schutzverband, dem auch die Hamburger Fabrikanten und eine kleine Anzahl Arbeitgeber anderer Orte als Einzelmitglieder angehören, so daß bei organisierten Unternehmern etwa 1600 Stockarbeiter von über 3000 im Reiche arbeiten. Versuche, diese Zerrissenheit in der Arbeitgeberorganisation zu beheben, sind erfolglos geblieben. Es liegt dies hauptsächlich an den Berlinern, die nur dann für den Uebertritt sind, wenn der Vorsitz den Berlinern überlassen bleibt; dies wird jedoch von der Provinz fast einmütig abgelehnt. Trotz dieser scheinbaren Uneinigkeit funktionieren schwarze Listen und sonstige terroristische Mittel ganz gut. Um so höher ist es zu bewerten, wenn es in den letzten Jahren kraft der guten Arbeiterorganisation gelungen ist, dieses Schwarze-Listensystem der Stockfabrikanten zu durchbrechen.

Tarifverträge bestanden am Schlusse des Jahres 1913 in neun Orten mit 38 Betrieben und 1151 Beschäftigten, darunter sind die in Berlin und Bürgel i. Th. geschlossenen Kollektivverträge. In diesen Vereinbarungen beträgt:

Ort	Arbeitszeit Stunden	Mindestlohn pro Stunde Pf.
Berlin	50	60
Köln a. Rh.	51	70
Frankfurt a. M.	51½	45
Magdeburg	52	54
Meißen	52½	—
Bürgel i. Th.	53	—
Heilbronn	53	45
Halle	54	65
Suderode	56	50

Der Casseler Stockfabrikanten-Verband hat als solcher auch eine sogenannte Vereinbarung mit dem Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes geschlossen, die in Differenzfällen die beiden Vorstände als letzte Schlichtungsinstanz vorsieht. Diese Vereinbarung hat, so wenig sie sonst besagt, doch schon ihre guten Seiten nicht nur den Arbeitern gezeigt, sondern auch der Industrie an den betreffenden Orten große Vorteile gebracht. Dadurch wird auch den Scharfmachern im Gewerbe klar gemacht, daß bei einigermaßem guten Willen und Entgegenkommen die für eine Exportindustrie verhängnisvollen Streiks und Aussperrungen völlig überflüssig sind. Deshalb müßte dieser Vereinbarung von Vorstand zu Vorstand auch der örtliche Siegel aufgedrückt werden, indem durch Verträge und Tarife diesem Abkommen eine für beide Teile bindende Form gegeben wird. Dadurch wird auch der Schmutzkonkurrenz unter den Arbeitgebern selbst entgegengewirkt. Seit Jahrzehnten wissen dies die Stockarbeiter, seit Jahren versuchen sie, es ihren Arbeitgebern klarzumachen, daß es keinen Zweck hat, einer Scharfmacherorganisation anzugehören, den Arbeitern die ganze Schuld an der Misere in der Industrie zu geben und ihnen ihre auf Grund der verteuerten Lebenslage mit Recht errungenen Vorteile mit verwerflichen Mitteln streitig zu machen. Und seit Jahren weisen die Arbeiter die Fabrikanten auf den Weg hin, erst mal in ihren Reihen gegen die Schmutzkonkurrenz Stellung zu nehmen. So richtet sich in Berlin seit 20 und mehr Jahren der Kampf gegen die Heimarbeiter, diese sogenannten „selbständigen Gewerbetreibenden", ohne daß die Arbeitgeber einsehen wollen, daß sie wie die Arbeiter gleichmäßig die Geschädigten sind. Stets und ständig haben die Arbeiter dies an direkten Beispielen bewiesen. Die Fabrikanten haben den Kopf in den Sand gesteckt und die große Gefahr nicht sehen wollen. Nun sind einzelne Schirmfabrikanten, angereizt durch horrende Preisunterbietungen, zur Selbstfabrikation übergegangen. Jetzt schimpfen die Stockfabrikanten wieder auf die — Arbeiter als die Schuldigen, denn, so deduzieren sie, würden die Stockarbeiter nicht in die Schirmfabriken gehen, könnten dort weder Stöcke noch Griffe verfertigt werden. Und das geschieht in Berlin, der Stadt der „Intelligenz"!

Dagegen hat jetzt wenigstens der Casseler Verband die Situation richtig erfaßt und in einer Branchenkonferenz im Casseler Rathaus Mindestpreise für die gangbarsten Spazierstocksorten aufgestellt, welchen Verkaufspreisen sich die anwesenden Fabrikanten zu fügen versprachen. Ein Beginnen, zu dem auch die Arbeiter die Herren beglückwünschen. Aber, so frägt man erstaunt, wo sind die Schirmgriff- und Schirmstockfabrikanten geblieben? Gibt es deren keine im Reiche? Oder sind denen die Augen noch nicht aufgegangen! Wo sind speziell die Berliner Fabrikanten gewesen? Wir empfehlen den Herren die Rede des Herrn Mühlhausen zum Studium, der mit erfrischender Offenheit den Unternehmern kräftig in die Parade fährt. Was können sich die Schirmindustriellen alles den Stockfabrikanten gegenüber erlauben? Jene schließen eine Konvention mit den Stoff- und Gestellwarenfabrikanten ab und, als die Stockindustriellen anfragen, ob sie dieser Konvention beitreten könnten, wird ihnen im letzten Augenblick mitgeteilt, daß „man auf sie verzichte"! Und wie trostvoll nimmt sich der Schmerzensschrei des Herrn Mühlhausen aus. Nachdem er auf die Konvention in der Schirmindustrie eingegangen ist, fährt er in bezug auf die Festsetzung des Verkaufspreises bei Schirmen wörtlich fort:

> „Nun ist an den Preisen für Stoffe, Gestelle und kleine Zutaten nicht zu rütteln, der Verkaufspreis ist festgelegt, die eigenen Fabrikationskosten stehen auch fest, am Nutzen darf und kann sich der Schirmfabrikant nichts schmälern lassen —, was nun noch übrig bleibt, muß für den Stock oder Griff ausreichen. Da erlebt man dann manchmal die sonderbarsten Ansprüche: „Ich (der Schirmfabrikant zum Stockfabrikanten) gebrauche ein Sortiment Stöcke mit Griffen aus Rohr, Holz, gefräst, glatt, matt oder lackiert, auch mit hübschen Beschlägen, meine Preislage dafür ist 2,90 Mk. bis 3,43 Mk." Ein anderer gebraucht dasselbe, kann aber dafür nur 2,75 Mk. bis 3,18 Mk. anlegen; der Dritte weicht beim gleichen Sortiment wieder um Pfennige vom zweiten Preise ab."

Man sollte es nicht für möglich halten; es finden sich doch noch Fabrikanten genug, die auf die Preisfestsetzung des Käufers eingehen. Dies lassen sich dieselben Herren bieten, die bei einer Verhandlung mit den Arbeitern nicht hochfahrend genug tun können. Herr Mühlhausen wendet sich auch gegen derartige Preisdrücker im Gewerbe und verurteilt in scharfer Weise derartige Machenschaften. Na endlich! Wollen die Fabrikanten noch nichts lernen? Können sie es dem Arbeiter verdenken, der im Interesse der Industrie das Billigerarbeiten ablehnt. Wie ist es denn in Wirklichkeit? Der Stockfabrikant verlangt von allen Arbeitern seines Betriebes, in die Herabsetzung der Akkordpreise um 20 bis 30 Prozent „auf kurze Zeit" zu willigen, da er einen großen Posten „unter dem regulären Preis" verkauft. Ja, sollen denn derartige Existenzen noch unterstützt werden? Sind die Arbeiter, die hierauf den Betrieb und eventuell auch den Ort verlassen müssen, sind sie nicht wert, von den anderen Unternehmern mit Freuden aufgenommen zu werden? Und was sieht man statt dessen? Infolge ihres mannhaften Auftretens im Interesse der Industrie werden diese Märtyrer auf die schwarze Liste gesetzt und für Monate versemt. Diejenigen Arbeitgeber, die glauben, die Mindestpreise allgemein zur Durchführung zu bringen, mögen bedenken, daß ein derartiges Beginnen ohne Hilfe der Arbeiter Sisyphusarbeit ist.

Und die Arbeiter selbst werden, wie immer, aus diesen Vorgängen lernen; sie werden sich fester denn je um ihre Organisation scharen. Wissen sie doch, daß es ohne ihr keinen Fortschritt gibt, keine Lohnerhöhung, keine Arbeitszeitverkürzung. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat bisher bewiesen, daß er für die Stockarbeiter in den letzten zehn Jahren Großes geleistet hat. Dabei soll es nicht bleiben, denn Stillstand bedeutet Rückschritt. Jeder einzelne muß für den Verband wirken, er muß sein Bestes einsetzen und eine möglichst große Anzahl Kollegen der Organisation zuführen. Jeder bereits organisierte Stockarbeiter soll, wie Herr Mühlhausen am Schlusse seines Casseler Vortrages, den Schwur ablegen: „Ich werde dieses von heute ab durchführen; ich habe die Ueberzeugung, daß meine sämtlichen Kollegen genau so handeln; dadurch ist mir der Rücken gestärkt!"

Soziales.

Ein beachtenswerter Beschluß.

Eine kombinierte Versammlung der Delegierten der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs und des Gewerkschaftskartells von Hamburg-Altona hat sich am 13. Juli mit der Maifeier beschäftigt und mit überwältigender Mehrheit dem Antrag der Vorstände und der Kartellkommission zugestimmt, wonach dem bevorstehenden Internationalen Kongreß folgende Resolution zu unterbreiten ist:

> „In Erwägung, daß die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe immer größere Opfer von der organisierten Arbeiterschaft fordern, hält die Versammlung es für dringend notwendig, daß zur energischen Führung der Kämpfe alle Kräfte freigemacht werden und beschließt deshalb zur Maifeier: Die Art und Weise der Kundgebung am 1. Mai bleibt den einzelnen Nationen überlassen."

Dieser Beschluß hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, und den Vertretern der Hamburger Arbeiterschaft gebührt Anerkennung dafür, daß sie sich entschlossen haben, eine Frage in den Vordergrund zu schieben, deren Besprechung die maßgebenden Stellen immer wieder mit einer merkwürdigen Scheu aus dem Wege gegangen sind, obwohl sie eine anderweite Regelung schon lange erfordert hätte. Der Zweck des Hamburger Beschlusses ist es, für die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft die Freiheit zu gewinnen, die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu beschließen. Wer die Entwicklung der Maifeier in den 25 Jahren seit ihrer Einführung verfolgt hat, wird, selbst wenn er sich noch so sehr für eine Demonstrationspolitik begeistert, zugestehen müssen, daß die Maidemonstration, die wir alljährlich erleben, und die ihren schärfsten Ausdruck in der Arbeitsruhe finden sollte, ihren Zweck nur in sehr bescheidenem Maße erfüllt.

Bekanntlich verdankt die Maifeier ihre Existenz einem spontan gefaßten Beschluß des ersten Internationalen Arbeiterkongresses in Paris im Jahre 1889. Nach diesem Beschluß sollte am 1. Mai 1890 in allen Ländern eine Kundgebung für den Achtstundentag und für die übrigen Beschlüsse des Kongresses veranstaltet werden. Die Form der Kundgebung sollte den Arbeitern der einzelnen Länder überlassen bleiben. Von der Arbeitsruhe war in diesem Beschluß noch keine Rede, und die Frage, ob am 1. Mai 1890 die Arbeit ruhen soll, führte in der deutschen Arbeiterschaft zu lebhaften Auseinandersetzungen. Auch in der Folge verursachte die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai noch öfters Diskussionen, die auch wiederholt internationale Kongresse beschäftigt haben. Zuletzt war es der Internationale Arbeiterkongreß zu Amsterdam im Jahre 1904, der als die wirksamste Demonstration die Arbeitsruhe am 1. Mai bezeichnete. In der dort beschlossenen Resolution wird es allen proletarischen Organisationen in allen Ländern zur Pflicht gemacht, die Arbeitsruhe anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Dieser Beschluß galt auch für Deutschland, aber zu einer einmütigen Stellungnahme gegenüber der Frage der Arbeitsruhe ist es hier nicht gekommen. Die Amsterdamer Resolution verlangt die Arbeitsruhe nur dort, wo sie ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist. Die Schädigung der Arbeiterinteressen ist aber ein Begriff, der sehr verschieden ausgelegt werden kann. Unter Umständen kann man schon den Verdienstausfall am 1. Mai als eine Schädigung der Arbeiterinteressen bezeichnen. Wenn das in den so häufigen Diskussionen an den verschiedensten Orten auch nicht im Ernste ausgesprochen wurde, so kann doch nicht geleugnet werden, daß dieses Bedenken für sehr viele Arbeiter bestimmend war, sich an der Maidemonstration nicht zu beteiligen. Wenn an manchen Orten und in manchen Ge

werden die durch die Arbeitsruhe begangene Maifeier zweifellos einen recht imponierenden Eindruck machte, so kann doch nicht bestritten werden, daß, alles in allem genommen, doch nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der deutschen Arbeiterschaft die Maifeier durch Arbeitsruhe beging.

Die Schädigung der Arbeiter durch die Arbeitsruhe am 1. Mai beschränkte sich aber häufig nicht auf den Lohnverlust für den einen Tag. Das organisierte Unternehmertum benutzte die Arbeitsruhe am 1. Mai als Vorwand, um Repressalien zu üben. Es wurden Aussperrungen verhängt, die zum Teil auf einige Tage oder Wochen beschränkt waren, mitunter auch zur völligen Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitern führten. Angesichts solcher Vorkommnisse waren die Arbeiter und die verantwortlichen Führer ihrer Organisationen vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Durch die Drohung der Unternehmer mit der Aussperrung läßt man sich natürlich nicht schrecken; im Gegenteil: Nicht selten wurde, wo Neigung vorhanden war, am 1. Mai zu arbeiten, der Beschluß zur Arbeitsruhe gerade durch die angedrohte Aussperrung herbeigeführt.

Hatte man ungeachtet der angedrohten und durchgeführten Aussperrung den 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen, dann waren insbesondere die Führer der Gewerkschaften vor die Frage gestellt: Was nun? Die Unterstützung der Opfer der Maifeier erforderte erhebliche Beträge, die natürlich von den Kassen der Gewerkschaften angefordert wurden. Dazu lag auch der Gedanke nahe, die Aussperrung der Unternehmer mit Forderungen zu beantworten. Diese Sache hat aber ihren bedenklichen Haken. In Zeiten der Hochkonjunktur und in Berufen, die in der kritischen Zeit flotten Geschäftsgang haben, würde es keine allzugroßen Schwierigkeiten machen, den von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf im Anschluß an die Maifeier zu einem guten Ende zu führen. Aber die Unternehmer sind klug genug, in solchen für sie ungünstigen Zeiten die Arbeiter nicht zu provozieren. Um so ungenierter konnte in anderen Betrieben ausgesperrt werden, in denen die Arbeit nicht dringend war. Lohnkämpfe im Anschluß an die Maiaussperrung führten selten zu einem den Arbeitern günstigen Ergebnis. Man sah deshalb in der Regel davon ab, die Maiaussperrung mit Lohnforderungen zu beantworten. Die Gewerkschaftskassen wurden also aus Anlaß der mit Arbeitsruhe verbundenen Maifeier ohne praktischen Zweck schwer belastet. Das hatte weiter den Nachteil, daß mitunter später eine günstige Situation nicht in wünschenswerter Weise ausgenutzt werden konnte, weil nicht nur die Gewerkschaftskasse, sondern auch die Gewerkschaftsmitglieder durch die Folgen der Maifeier zu sehr erschöpft waren.

Diese Erfahrungen in Verbindung mit dem Umstand, daß als Träger der Maifeier sowohl die politischen als auch die gewerkschaftlichen Organisationen in Betracht kommen, daß aber die ersteren sich darauf beschränken konnten, die Agitation für die Arbeitsruhe zu betreiben, während es den Gewerkschaften überlassen blieb, die materiellen Folgen zu tragen, führten zu dem bekannten Abkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, welches vom Parteitag zu Leipzig 1909 und vom Gewerkschaftskongreß zu Dresden 1911 sanktioniert wurde. Daß die durch jenes Abkommen eingeführten Bezirksfonds zur Unterstützung der Maiausgesperrten eine befriedigende Lösung der ganzen Frage bedeuten, wird wohl kaum jemand behaupten wollen. Alle Erfahrungen führen zu dem Resultat, daß es an der Zeit ist, die, wenn auch nur verklausulierte Verpflichtung zur Arbeitsruhe am 1. Mai zu beseitigen.

Ein solcher Beschluß, und noch mehr seine Anregung, wird als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, weshalb bisher davon abgesehen wurde, den unbefriedigenden Zustand zu beseitigen. Die zuständige Stelle hierfür ist der Internationale Arbeiterkongreß, der allein berechtigt ist, den von einem früheren Kongreß gefaßten Beschluß zu ändern. Nachdem nunmehr die Hamburger Arbeiterschaft die Anregung gegeben hat, wird sich der Kongreß zu Wien mit der Maifeierfrage zu beschäftigen haben, und wir wollen hoffen, daß sein Beschluß den praktischen Verhältnissen Rechnung trägt.

Es konnte nicht ausbleiben, daß der mutige Beschluß der Hamburger Arbeiterschaft Widerspruch weckt. So finden wir in der Parteipresse einen Artikel von Rosa Luxemburg, der den Hamburger Beschluß als „die verkehrteste Taktik" bezeichnet. Aber der ganze Artikel enthält auch nicht ein einziges durchschlagendes Argument. Die Hinweise auf das Ausland sind nicht kontrollierbar und vor allem nicht beweiskräftig. Uebrigens läßt auch die Hamburger Resolution jedem Lande volle Freiheit für die Form der Maifeier, und lediglich diese Freiheit der Entschließung, die es ermöglicht, auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, wollen wir auch für Deutschland haben. Nach Rosa Luxemburg bedeutet der Hamburger Beschluß „die freiwillige Aufgabe eines alten Kampfpostens für den Achtstundentag, also die Kernfrage des Gewerkschaftskampfes". Das ist ein Irrtum! Die Aufgabe der Arbeitsruhe, die tatsächlich doch nur in sehr beschränktem Maße durchgeführt wurde, bedeutet keineswegs die Aufgabe der Maifeier. Auch künftig soll und wird die Maifeier begangen werden und Begeisterung für den Achtstundentag und für unsere sonstigen Maiforderungen bei den Massen [illegible] Wir wollen nichts dagegen einwenden, daß der Kampf um den Achtstundentag als die Kernfrage des Gewerkschaftskampfes bezeichnet wird, aber durch die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai wird der Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit in keiner Weise berührt.

Demonstrationen und Massenaktionen mögen unter Umständen nützlich und zweckmäßig sein, aber es ist nicht wahr, daß „die ganze Entwicklung der Verhältnisse dahin geht, den Schwerpunkt des politischen Lebens und der Entscheidungen in wichtigen Momenten aus den Parlamenten in die großen Massenaktionen zu verlegen". Das ist das Streben einiger Stürmer und Dränger, die in ihrer Begeisterung für das Arrangement von Massenaktionen den Boden der realen Tatsachen unter den Füßen verlieren. Für die so notwendige Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist nichts notwendiger als die zähe und energische Gewerkschaftsarbeit. Gewiß ist für die Erringung von Erfolgen die Begeisterung für die Ziele der Arbeiterbewegung eine notwendige Voraussetzung. Aber die Begeisterung allein tut es nicht, das hat die Erfahrung tausendfältig bewiesen.

Dabei ist es grundfalsch anzunehmen, der Hamburger Beschluß bezwecke, und seine Befürworter wünschen eine Beseitigung der Maifeier überhaupt. Der Maifeier liegt ein großer Gedanke zugrunde, den auch wir gehegt und gepflegt wissen möchten. Aber das ist unseres Erachtens möglich ohne die Arbeitsruhe, die alljährlich Tausenden von Arbeitern schwere Opfer auferlegt, für viele eine Erschütterung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeutet; dabei für eine, doch immerhin nur unzulängliche Unterstützung Unsummen verschlingt, für welche die Arbeiterschaft schließlich doch eine bessere Verwendung hätte. Wenn die Annahme der von den Hamburger Arbeitern vorgeschlagenen Resolution durch den Internationalen Kongreß bei dem Unternehmertum Ausbrüche des Jubels über einen vermeintlichen Sieg auslösen sollte, dann wollen wir ihnen diese Freude ruhig gönnen. Wir werden auch ohne Arbeitsruhe würdige Maifeiern begehen, und die Beseitigung eines Zankapfels aus der Arbeiterbewegung wird es uns ermöglichen, unsere Kräfte um so intensiver zusammenzufassen und dem Unternehmertum zu zeigen, daß sein Jubel unbegründet war.

Eine Kundgebung gegen den Krieg. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei veröffentlichte am 25. Juli folgenden

Aufruf!

Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.

Verurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.

Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.

Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgend eine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen:

Wir wollen keinen Krieg!
Nieder mit dem Kriege!
Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Der Geschäftsbericht der Volksfürsorge findet in der der Volksfürsorge gegnerischen Fach- und Tagespresse eine ganz einseitige, tendenziöse Beurteilung, die vielfach in der unwahren Behauptung gipfelt, die Volksfürsorge habe im ersten Geschäftsjahre mit einer Unterbilanz von über ¼ Million Mark abgeschlossen. Am schofelsten und verlogensten treiben es gewisse Zentrumsblätter, von deren Redakteuren sich natürlich kein einziger die Mühe genommen hat, den Geschäftsbericht anzusehen. Alle diese Besprechungen sind wie die des „Berliner Tageblatts" und des „Archivs für die Versicherungswissenschaften" auf eine Quelle zurückzuführen, auf eine Korrespondenz, „Volkswirtschaftliche Schriften" genannt, die ein Georg Dornio in Berlin herausgibt. Diese Urkritik ist die tendenziöse Entstellungsarbeit eines sicher interessierten Gegners, dem es nicht um eine objektive Kritik, sondern um die Verdächtigung der Volksfürsorge zu tun war. Das geht daraus hervor, daß er behauptet, die Volksfürsorge wende eine ungewöhnliche Bilanzmethode an, indem sie „gestundete Prämien" und „Prämienüberträge" einstelle. Der Verfasser weiß selbstverständlich, daß alle Gesellschaften, deren Tarife auf Jahresprämien berechnet sind, so die „Victoria", „Friedrich Wilhelm" usw., in der gleichen Weise die im Abschlußjahre noch nicht gezahlten, aber schuldigen Prämien einstellen, dafür aber auch die für diese Zeit zu berechnende Prämienreserve, mit der Bezeichnung „Prämienüberträge", bereitstellen. Er weiß auch, daß seine Behauptung, die Volksfürsorge habe zu Unrecht den Organisationsfonds in Anspruch genommen und daraus einen nicht vorhandenen Gewinn konstruiert, eine irreführende Täuschung ist. Es ist eine gerechte und allgemein übliche Praxis, daß eine Versicherungsgesellschaft ihre ganzen großen Vorbereitungs- und Einrichtungskosten nicht restlos den in den ersten sechs Monaten sich Versichernden aufbürdet, sondern diese Kosten auf mehrere Jahre verteilt und zu diesem Zwecke den Organisationsfonds in Anspruch nimmt. Selbstverständliche Vorsichtsmaßnahmen im Interesse der Versicherten werden hier zu Unregelmäßigkeiten gestempelt. Und solche Gehässigkeiten finden Nachbeter — weil es gegen die verhaßte Volksfürsorge geht! Daß die Deutsche Volksversicherung A.-G. 199 000 Mk. ihres Organisationsfonds verbraucht hat und den Versicherten keinen Gewinn zuführt, das finden die gleichen Leute in bester Ordnung!

Sozialpolitische Belastung. Das alte Lied von den schweren Lasten, die die Arbeiterversicherungsgesetze dem Unternehmertum aufladen, wird wieder einmal in der scharfmacherischen „Post" angestimmt, die sich hierbei auf den Jahresbericht der Handelskammer in Osnabrück stützt. Daß dieser Bericht dem Staatssekretär des Innern begeistert zujubelt, der sich am 20. Januar d. J. im Reichstag dahin ausgesprochen hat, daß die Sozialpolitik im Reiche zu einem gewissen Abschluß gelangt sei, ist bei der sozialpolitischen Qualität seines Verfassers begreiflich, und ebenso selbstverständlich ist es, daß auf die Sozialpolitiker und besonders auf die Gesellschaft für Soziale Reform, die für die kräftige Weiterführung der Sozialpolitik eintreten, tüchtig gescholten wird. Mit breitem Behagen werden die Millionen genannt, welche den Arbeitern aus der Sozialversicherung zufließen und recht anfechtbare Vergleiche mit der Sozialversicherung im Ausland gezogen.

Die Melodie ist bekannt, man hat sie schon oft gehört, und wenn man ihr glauben wollte, dann müßten die Unternehmer — in dem Artikel werden sie bescheiden als „die deutsche Arbeit" bezeichnet — unter der Last der Sozialversicherung geradezu zusammenbrechen. Der Umstand, daß die deutsche Industrie im allgemeinen glänzend prosperiert, daß die große Mehrzahl der gewerblichen Unternehmungen den Kapitalbesitzern reichen Gewinn bringt, beweist zur Genüge die Verlogenheit des Jammers über die sozialpolitischen Lasten. Gegenüber dem Hinweis, daß die Zuwendungen an die Versicherten deren Beitragsleistungen bei weitem übersteigen, und daß, die Versicherungsgesetze im ganzen genommen, die Beitragsleistung der Unternehmer bedeutend höher ist, als die der Arbeiter, kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die von den Unternehmern geleisteten Versicherungsbeiträge nur einen sehr bescheidenen Teil des Gewinnes darstellen, den sie aus den Knochen der Arbeiter ziehen. Die Versicherungsbeiträge der Unternehmer sind ein Teil des den Arbeitern gebührenden Lohnes und jeder Unternehmer stellt den entsprechenden Betrag in dieser Weise in seine Kalkulationen ein. Der ewige Jammer über die Schwere der sozialpolitischen Lasten ist also eine bewußte Irreführung der Oeffentlichkeit.

Der Gipfel der Unverfrorenheit wird in dem Artikel mit einem vorgeführten „Schulbeispiel" erklommen, welches beweisen soll, wie sehr die sozialpolitischen Lasten auf „die Erträge der werktätigen Arbeit einwirken". Der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein zu Osnabrück hätte im Geschäftsjahr 1912/13 „für Arbeiterzwecke und Staats- und Gemeindeabgaben 1 038 700,40 Mark, d. h. rund 5,6 Prozent seines Aktienkapitals oder fast genau soviel, wie den Aktionären an Dividende gezahlt werden konnte", aufzubringen gehabt. — Merkwürdigerweise wird hier von „Arbeiterzwecken" und nicht von sozialpolitischen Leistungen gesprochen; was sich hinter den Arbeiterzwecken verbirgt, entzieht sich der Kontrolle. Köstlich aber ist es, die Staats- und Gemeindeabgaben zu den Ausgaben für Arbeiterzwecke hinzuzuzählen, um die sozialpolitischen Lasten recht hoch erscheinen zu lassen. Diese Leistung steht jedoch auf der gleichen Stufe mit dem Kunstgriff, die Dividende der Aktionäre als „Erträge der werktätigen Arbeit" hinzustellen. Die wenigen mitgeteilten Daten lassen lediglich erkennen, daß der Anteil der nichtstuenden Aktionäre im Vergleich zu den Aufwendungen für die Arbeiter ganz unverhältnismäßig hoch ist. Es gehört doch eine dreiste Stirn dazu, auf Grund solchen Materials über die sozialpolitische Belastung zu klagen.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist auf Sonntag, den 13. September, und folgende Woche nach Würzburg einberufen. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes: a) Allgemeines (L. Zietz); b) Kassenbericht (O. Braun); 2. Bericht der Kontrollkommission (W. Block); 3. Bericht der Reichstagsfraktion (E. Bogtherr); 4. Militärstaat und Demokratie (Dr. Lensch); 5. Wirtschaftspolitik und Koalitionsrechtshetze (H. Molkenbuhr); 6. Bericht vom Internationalen Kongreß in Wien (H. Haase); 7. Anträge; 8. Wahlen.

Dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag entnehmen wir folgende Angaben über die Organisationsverhältnisse: Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 982 850 auf 1 085 905, also um 102 055. Die Partei hatte damit am Schlusse des Berichtsjahres die Million zahlender Mitglieder überschritten. Der größte Teil der Neuaufnahmen in der „Roten Woche" (148 109) ist bereits in der Mitgliederzahl des Jahresabschlusses enthalten. Die Zahl der weiblichen Mitglieder wuchs von 141 115 auf 174 754. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse einschließlich der „Gleichheit" stieg im gleichen Zeitraum von 1 465 212 auf 1 488 345. Von dem Abonnentenzuwachs entfielen 13 000 auf die „Gleichheit" und 10 133 auf die Tagespresse. Im Jahre vorher betrug der Abonnentenrückgang 12 830. Die Partei verfügt über 91 Tageszeitungen und 65 Parteidruckereien. Es stieg im Berichtsjahre die Zahl der Bildungsausschüsse von 791 auf 854, der Jugendausschüsse von 655 auf 837, der Kinderschutzkommissionen von 200 auf 252. Im Berichtsjahre wurden von der Partei im Reiche 46 376 Mitglieder-, 1940 Frauen- und 12 877 öffentliche Versammlungen abgehalten und 45 283 383 Flugblätter, Broschüren und Kalender unentgeltlich verteilt. In den Land-

tagen der Einzelstaaten saßen 220 Genossen und in den Magistraten, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevorständen und Gemeindevertretungen 12 224 Genossen.

Der Konsumverein für Magdeburg und Umgegend blickt in diesen Tagen auf ein 50jähriges Bestehen zurück und hat aus diesem Anlaß eine hübsche Festschrift herausgegeben. Der Verein ist im Frühjahr 1864 aus dem im Jahre vorher gegründeten „Arbeiter-Bildungsverein" der damals noch selbständigen Stadt Neustadt bei Magdeburg hervorgegangen und hieß zuerst „Association zur Anschaffung nötiger Lebensbedürfnisse", welchen Namen er aber bald mit dem eines „Konsumvereins" vertauschte. Bei der Gründung traten sofort 98 Mitglieder bei, die zumeist Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen, zum andern vorwiegend Kleinmeister waren. Aus einem Briefwechsel eines Mitbegründers mit Schulze-Delitzsch geht hervor, daß der durchschnittliche Wochenverdienst der Arbeiter, mit Ausnahme der in den fünf Maschinenfabriken Beschäftigten, kaum 3 Taler betrug und das städtische Armenbudget von der Arbeiterschaft stark belastet wurde. Das Geschäft begann zunächst im Lieferantenverkehr mit einem Bäcker und einem Schlächter, die dem Verein bestimmte Qualitäten garantierten und einen hohen Rabatt gewährten. Gut ein Jahr nach der Gründung wurde das erste eigene Warenlager des Vereins bei einem Webermeister eröffnet, der seinem Berufe nebenbei noch nachging. Heute erstreckt sich das Tätigkeitsgebiet auf Magdeburg mit seiner weiteren Umgebung, 40 Materialwaren- und drei Fleischerläden vermitteln den Verkauf an die rund 17 000 Mitglieder. Der Verein verfügt über sieben eigene Grundstücke und beschäftigt in seinen Betrieben insgesamt 468 Personen, dabei 76 Bäcker, 23 Fleischer, 5 Tischler und 23 andere Handwerker. Es hat dem Verein bei seinem Aufstieg an Widerständen nicht gemangelt, doch gibt seine Entwicklung ein treffendes Zeugnis von der Kraft, die in dem Zusammenschlusse liegt, und die auch ernste Hindernisse überwindet.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Eilenburg wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. August 80 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 31. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

102391 Julius Hannemann, Tschl., 28. 7. 65 zu Przytullen.
185803 Johann Schick, Tschl., geb. 19. 10. 81 zu Wiesbaden.
293605 Josef Rautenberg, Tschl., geb. 23. 2. 79 zu Gozendzin.
358425 Georg Ruhmann, Polituraib., 10. 5. 76 zu Atzenhof.
372442 Alfred Haupt, Tschl., geb. 16. 12. 89 zu Langenöls.
423310 Xaver Huber, Tschl., geb. 26. 8. 88 zu Pflatter.
460557 Fritz Kleine, Tschl., geb. 19. 5. 79 zu Pivitsheide.
485948 Valentin Kaczmarek, Tschl., geb. 4. 2. 91 zu Schroda.
492179 Willy Schwarze, Tschl., geb. 28. 5. 92 zu Görlitz.
579049 Fr. Auras, Stellm., geb. 3. 11. 93 zu Lassan.
627675 Johann Arenz, Tschl., geb. 3. 12. 63 zu Bürgen.
636765 Karl Schrag, Modelltschl., 16. 1. 95 zu Göppingen.
643235 Eduard Martin, Masch.-Arb., 7. 8. 77 zu Ettlingen.
649549 Fritz Powieleit, Tschl., geb. 1. 9. 88 zu Gumbinnen.
660088 Walter Köber, Tschl., geb. 2. 10. 95 zu Mittelbach.
672691 Michel Kugele, Tschl., geb. 26. 1. 94 zu Altburg.
678887 Franz Amler, Tschl., geb. 1. 4. 95 zu Wildschütz.
683585 Franz Wachta, Holzarb., geb. 1. 12. 85 zu Oppeln.
688581 Richard Hirche, Tschl., geb. 10. 2. 81 zu Leippa.
711002 Fritz Martin, Tschl., geb. 24. 2. 89 zu Freienhagen.
715065 Jakob Grau, Tschl., geb. 2. 4. 71 zu Oberrot.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Vergolder.) Herr H. Tschierley berichtigt. In einem Bericht über den Streik in einem anderen Berliner Vergoldereibetrieb in Nr. 22 der „Holzarbeiter-Zeitung" war unter anderem beiläufig erwähnt: „Im Betriebe arbeitet jetzt nur die berühmte Streikbrechergarde, welche die Firma Tschierley beim letzten Streik ruiniert hat." Diese Worte enthielten, genau genommen, eine Uebertreibung, denn die Firma Tschierley ist seinerzeit von den Streikbrechern nicht völlig ruiniert worden, aber sie hat mit diesen Nothelfern sicher keine Seide gesponnen. Die Firma legt aber Wert darauf, ausdrücklich festzustellen, daß sie nicht ruiniert wurde. Herr H. Tschierley schreibt: „Es ist zwar richtig, daß im Jahre 1911 in meinem Betrieb ein Streik ausgebrochen war, von einer Ruinierung meiner Existenz kann aber keine Rede sein, mein Geschäftsbetrieb steht vielmehr in vollster Blüte."

Dresden. In der Stuhlfabrik von Buschow (Inh. Gebr. Wallach) wurde zu Beginn dieses Jahres für die Polierer ein Vertrag abgeschlossen, an den sich aber die Firma schon jetzt nicht mehr gebunden erachtet. Vor wenigen Wochen wurden erst drei, dann weitere vier Polierer entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Gleichzeitig suchte die Firma aber Frauen und Mädchen zum Anlernen, und tatsächlich wurden elf Arbeiterinnen eingestellt. Den drei noch im Betriebe verbliebenen Polierern wurde zugemutet, aus dem Verband auszutreten und mit den Arbeiterinnen in Lohn zu arbeiten. Die Kollegen haben das zurückgewiesen und den Betrieb verlassen, zumal auch den Frauen zugemutet wurde, sich schriftlich zu verpflichten, keinem Verbande beizutreten. Den auswärtigen Kollegen empfehlen wir, bei Arbeitsangeboten für Stuhlpolierer vorsichtig zu sein und sich erst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen.

Eberswalde. (Stockarbeiter.) Durch rege Agitation unter den hiesigen Stockarbeitern der beiden Betriebe von Pfohl u. Sohn ist es gelungen, die dort Beschäftigten zum großen Teil dem Verbande zuzuführen. Unsere Zahlstelle hat von jeher den Kampf mit solchen Unternehmern führen müssen, denen auf Grund der Tarifverträge der Boden in Berlin zu heiß geworden ist und nun in Eberswalde versuchen, im Trüben zu fischen. Waren es früher Tischlerbetriebe, so ist es heute der Inhaber der Firma Pfohl, Herr Herzberger-Berlin, der dem Verbande der Berliner Stockfabrikanten angehört und somit unter Vertrag steht. Mehrere Versammlungen der Kollegen aus den beiden Betrieben, in welchen man sich u. a. für eine Branchenkonferenz der Stockarbeiter erklärte, förderten arge Mißstände zutage. Daher auch die großen Agitationserfolge: sind doch von 57 Stockarbeitern 42 organisiert. Die reguläre Arbeitszeit beträgt 53 Stunden. Da aber die Akkordpreise weit hinter den niedrigsten Tarifen der auswärtigen Stockfabriken sich befinden, so sind Ueberstunden dauernd auf der Tagesordnung. Dann werden 20 bis 25 Mk. und darunter verdient, und das an einem Ort mit besonders teuren Lebensbedingungen. Um aber für die Eberswalder Stockarbeiter bessere Verhältnisse zu schaffen, muß es Pflicht eines jeden uns noch Fernstehenden sein, sich der Organisation anzuschließen und wenn dieselbe aus bekannten Gründen nicht gleich zum radikalsten Mittel greift, nicht den Mut verlieren, sondern aushalten. In absehbarer Zeit wird und muß es uns gelingen, auch die Verhältnisse am hiesigen Orte menschenwürdiger zu gestalten. Deshalb erscheint rege in unseren Mitgliederversammlungen, leset fleißig die Verbandspresse, agitiert jederzeit für den Verband, damit wir dieses Ziel baldmöglichst erreichen.

Frankenhausen. Am 20. Juli gab der Arbeitersekretär, Kollege Schier aus Gotha, den Bericht vom Gewerkschaftskongreß in München, welcher von den anwesenden Kollegen recht beifällig aufgenommen wurde. Leider müssen wir beklagen, daß viele Kollegen, hauptsächlich die jüngeren, eine Gleichgültigkeit zur Schau tragen, die sehr zu bedauern ist. Auf welche Art und Weise denken die Kollegen einmal eine ordentliche Aussprache über ihre Lage herbeizuführen oder wollen sie in dem Fahrwasser, wo sie sich augenblicklich befinden, weitersegeln. Den Unternehmern ist es gerade recht so, wissen diese doch, daß ihnen damit recht viel gedient ist. Die Tarifverträge sind mit dem 31. Mai nächsten Jahres abgelaufen. Es ist doch unmöglich, in der Kündigungszeit der Verträge erst zu beratschlagen und Maßnahmen zu treffen. Nein, jetzt ist es an der Zeit, das Material zusammenzutragen, damit wir beizeiten gerüstet dastehen. Die Unternehmer sind auch schon auf dem Posten und rüsten sich für kommendes Jahr, was man ja aus den Aussprachen einiger Fabrikanten hören kann. Die Perlmutterindustriellen aus Deutschland, zum Teil auch aus Oesterreich, hielten kürzlich ihren Verbandstag in Leipzig ab und beschlossen unter anderm die Gründung von Ortsvereinen. Diese Gründungen haben aber nicht den Zweck das Gewerbe auf eine gesunde Basis zu bringen, im Gegenteil, wenn der Arbeiter sich regt, um seine ohnedies nicht beneidenswerte Lage einigermaßen zu verbessern, dann versuchen die Fabrikanten mit allen Mitteln dies zu verhindern. Jetzt in einer solch schlechten Geschäftszeit glauben auch verschiedene Fabrikanten den Arbeitern alles bieten zu können. Wir wollen nicht die Spalten der Zeitung unnütz mit Beschwerden und dergleichen füllen. Alles ließe sich regeln, wenn die Kollegen die Versammlungen gut besuchen würden. Wenn das Geschäft momentan auch nicht vom besten geht, so brauchen die Kollegen die Hoffnung noch nicht aufzugeben. Wenn die Arbeiterschaft in guten sowie schlechten Zeiten einmütig und fest zueinander steht, so werden die Unternehmer hier einen Wall finden, welchen sie nicht zu durchbrechen imstande sind. Wir wollen noch bemerken, daß unser Gauvorsteher in einer der nächsten Versammlungen über „Tarifverträge und ihre Bedeutung" sprechen wird. Hoffen wir, daß diese Versammlung recht gut besucht ist.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 18. Juli, bis Freitag, den 24. Juli 1914.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene offene Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Anschläger	71	—	267
Möbeltischler	65	—	307
Maschinenarbeiter	7	—	20
Polierer inkl. Beizer . . .	2	—	12
Drechsler	—	—	6
Sonstige Branchen . . .	3	—	44
Zusammen . .	148	—	656

Heidelberg. Recht idyllische Zustände herrschen in der Hofmöbelfabrik von Laux Söhne im benachbarten Handschuchsheim. Trotzdem hier ein Tarif besteht, welcher einen Durchschnittslohn von 53 Pf. die Stunde bei 55 Stunden Arbeitszeit vorsieht, sind dort Leute beschäftigt, die man als über Durchschnittsarbeiter bewerten muß und doch nur 50 bis 52 Pf. Lohn bekommen. In den letzten zwei Monaten war diese Hofmöbelfabrik der reinste Taubenschlag. Leute wurden eingestellt und in 14 Tagen beim Lohnmachen mit 45 Pf. Stundenlohn abgefertigt, trotzdem laut Tarif 49 Pf. Mindestlohn festgesetzt sind. In bezug auf Antreiberei leisten die Herren Laux das höchste. Nicht nur, daß die jungen Herren Laux den ganzen Tag die Leute antreiben, auch der alte Herr Laux, der gar nicht mehr am Geschäft beteiligt ist, gibt sein gutes Teil dazu. Außerdem ist noch der Bürolehrling zum Spionieren abgerichtet, und die alte Frau hockt den ganzen Tag am Fenster hinter den Vorhängen, während die junge Frau Laux im Hof herumhantiert und die Leute beobachtet. Wehe, wenn ein Arbeiter mit einem anderen spricht, der wird sofort im Büro verkauft. Selbst dem Werkmeister werden, wenn er mit einem Arbeiter geschäftlich etwas zu sprechen hat, Vorhaltungen gemacht, daß er die Leute von der Arbeit abhält. Jetzt versucht Herr Laux die besseren Arbeiter von anderen Geschäften in seine Hofmöbelfabrik zu locken, trotzdem sämtliche Bänke besetzt sind. Es ist höchste Zeit, daß diesen Zuständen entgegengetreten wird, sonst glauben die Herren Laux vielleicht, daß die Organisation in Heidelberg ausgestorben sei. Der Gewerbebehörde wäre übrigens zu empfehlen, die Abortanlagen der Hofmöbelfabrik einer Revision zu unterziehen.

Klosterfelde. Der frühere Geschäftsführer der Samter Küchenmöbelfabrik, Herr Max Berg, welcher in Klosterfelde eine Fabrik übernommen hat, will anscheinend die Moden aus seinem früheren Wirkungsort auch hier einführen. Nicht nur daß er seinen Arbeitern gute Ratschläge erteilt, wie sie am billigsten leben können, scheint er auch den hiesigen Arbeitgebern zeigen zu wollen, wie man am besten die Arbeiter ausbeutet. Die Tischlerlöhne, welche die Firma zahlt, bewegen sich zwischen 20 und 24 Mk. und stehen in gar keinem Verhältnis zu den sonst am Ort bezahlten Akkordpreisen. Es wird nun Pflicht unserer hiesigen Kollegen sein, dem Herrn Berg klarzumachen, daß Klosterfelde nicht in Posen, sondern vor den Toren Berlins liegt. Zu gleicher Zeit möchten wir die auswärtigen Kollegen, die auf Küchenmöbel arbeiten wollen, warnen, nach hier zu kommen, wenn sie keine Enttäuschung erleben wollen. Die Berliner Küchenmöbelfabrik, Neue Königstraße, inseriert in der Berliner Volkszeitung nach Tischlern und schickt die sich Meldenden nach Klosterfelde zu der Firma Virsing. So waren im Laufe der vorigen Woche sieben Kollegen nach hier gekommen, obwohl nur einer beschäftigt werden konnte, die übrigen mußten, um einige Mark Bahngeld erleichtert, zurückreisen. Wir müssen die Kollegen bitten, bevor sie nach hier kommen, sich bei der Verwaltung zu erkundigen.

Köln. Die Quartalsversammlung unserer Zahlstelle konnte einen erfreulichen Bericht über die Vorwärtsentwicklung unserer Organisation am Orte entgegennehmen. Die Mitgliederzahl stieg von 2225 im ersten Quartal auf 2400 im zweiten Quartal. Also eine Zunahme von 175. Damit haben wir nicht nur den Verlust von 1913 wieder ausgeglichen, sondern noch eine weitere Zunahme von 80 Mitgliedern zu verzeichnen, und damit eine noch nie gehabte Mitgliederzahl erreicht. Die Neuaufnahmen betrugen 152. Zweifellos trug der günstige Arbeitsmarkt im zweiten Quartal den entscheidenden Teil zu dieser Vorwärtsentwicklung bei. Besonders die Werkbund-Ausstellung brachte viel Arbeitsgelegenheit; wir mußten, um die von den Unternehmern gemeldeten Arbeitsplätze besetzen zu können, auch von auswärts Kollegen heranziehen. Hauptsächlich verlangten die Arbeitgeber qualifizierte Arbeitskräfte von uns. Auch im übrigen pulsierte im verflossenen Quartal ein lebhafter Geist in der Zahlstelle. Der Verbandstag gab ganz besondere Veranlassung dazu. In zwei Versammlungen wurden die Beschlüsse des Verbandstages sehr eingehend besprochen. Im zweiten Quartal fanden 116 Veranstaltungen statt, um die Geschäfte der Organisation zu erledigen. Wenn die Kollegen auch im dritten Quartal in der Agitation ihre volle Pflicht tun, wie es unbedingt nötig ist, dann wird die Organisation weitere Fortschritte zu verzeichnen haben. Hauptsächlich die Vertrauensmänner sollten noch besser als bisher die Vorgänge in der Werkstatt der Verwaltung melden, damit diese in allem auf dem laufenden ist. Die Kollegen machen wir schon jetzt auf die nächste Mitgliederversammlung aufmerksam, in welcher die Debatte über die Neuregelung des Ortsstatuts betreffs lokaler Zuschüsse zum statutarischen Krankengeld fortgeführt werden soll.

Leipzig. (Maschinenarbeiter.) Zwei interessante Vorträge hielt am 5. und 12. Juli der Gewerberat Reichardt von der Gewerbeinspektion Leipzig vor den Maschinenarbeitern der hiesigen Zahlstelle. Das Thema der Vorträge lautete: „Die Holzbearbeitung"; sie wurden im Probiersaale der bekannten Holzbearbeitungsmaschinenfabrik Kießling Co., Leipzig-Plagwitz, gehalten, den uns die Firma freundlichst zur Verfügung gestellt hatte. Der Referent behandelte die Unfallgefahren an den Maschinen und zeigte an der Hand von guten und schlechten Schutzvorrichtungen die ständige Gefahr, der unsere Kollegen bei Bedienung der Maschinen ausgesetzt sind. Der Gewerberat machte dann bemerkenswerte Ausführungen dahin, daß eine gänzliche Beseitigung der Unfälle bei der immer größer werdenden Kompliziertheit der Maschinen nicht erreicht werden wird, daß aber alles darangesetzt werden müsse, die Unfälle zu vermindern. Wenn die Arbeitgeber mehr Interesse an der Verhütung hätten und dafür sorgen würden, daß die Schutzvorrichtungen ordnungsgemäß benutzt würden, dann müßten die Unfälle sich erheblich verringern. Oftmals würden die von den Arbeitern gegebenen Anregungen zu Verbesserungen in den Wind geschlagen und die Schutzvorrichtung wird nur benutzt, wenn der Revisionsbeamte den Betrieb kontrolliert. Wenn die Arbeitgeber versagten, dann müßten die Arbeiter um so energischer für die Anbringung von Schutzvorrichtungen eintreten, leider träfe dies nicht in allen Fällen zu und oft werden die zur Verfügung stehenden Schutzvorrichtungen von den Arbeitern nicht benutzt. Jede Verstümmelung der Gliedmaßen vermindere die Volksgesundheit. Die Arbeiter sollten nachdrücklichst den Schutz fordern. Eine andere Hauptforderung sei gutes Licht und ausreichende Ventilation sowie bei kalter Jahreszeit gute Beheizung der Räume. Weiter solle nur mit scharfen Werkzeugen gearbeitet werden. Ungeübte Personen an den Maschinen zu beschäftigen sei unverantwortlich von den Unternehmern, vor allem dürfen Personen unter 17 Jahren und weibliche Personen überhaupt nicht an den Maschinen arbeiten. Die von den Unternehmern oft selbstgebaute Kreissäge mit ihrer primitiven Bauart biete die größte Gefahr für die Arbeiter. Nunmehr bespricht der Redner die Unfallverhütungsvorschriften für die wichtigsten Maschinen und erläutert deren praktische Anwendung. Um der Unfallgefahr entgegenzuwirken, sei auch für gute sanitäre Einrichtung wie auch in jedem Betriebe für Staubsauganlagen wirksam Sorge zu tragen. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wurden alle Maschinen mit den besten Schutzvorrichtungen in voller Tätigkeit vorgeführt. Wünschenswert wäre es, wenn solche Vorträge in allen Städten Nachahmung fänden, denn durch gemeinschaftliche Arbeit der Gewerbeinspektoren mit den Arbeitern würde das oft beobachtete Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Aufsichtsbeamten beseitigt werden.

München. Verschiedene Möbelfabriken, darunter die Firma Kehrer u. Söhne, suchen in auswärtigen Zeitungen Schreiner und Polierer nach München. Die Kollegen, welche auf derartige Inserate nach München gelotst werden, werden dazu verwendet, die Stundenlöhne und Akkordpreise herunterzudrücken. Die alten Leute mit hohen Stundenlöhnen werden entlassen und die frischen Kollegen um 8 bis 10 Pf. die Stunde niedriger eingestellt. Wir ersuchen die Kollegen bei eventuellem Arbeitsangebot nach München, sich vorher bei der Lokalverwaltung zu erkundigen und sich nicht als Werkzeug der Unternehmer mißbrauchen zu lassen.

Neustadt (Orla). Als im vorigen Jahre überall die Krise mit ihrer ganzen Schärfe einsetzte und Tausende unserer Kollegen gezwungen feiern mußten, war in unserem kleinen Industriestädtchen in unserer Branche von Arbeitslosigkeit wenig zu spüren. Anders liegen die Dinge jetzt. Bei uns werden, mit kleinen Ausnahmen, nur Weißmöbel angefertigt und unsere Kollegen arbeiten durchgängig in Akkord, doch sind die Akkordlöhne, obgleich sie durch unsere letzte Bewegung eine kleine Aufbesserung erfahren haben, keineswegs günstige zu nennen, wenn man bedenkt, daß durch das Wühlsystem in einzelnen Betrieben die Kollegen ihre Gesundheit schwer schädigen. Diese Betriebe nun sind es, die zum Teil jetzt wenig oder gar keine Aufträge haben. Weil nun aber der größte Teil der durchreisenden Kollegen die Buden überläuft, so glauben die Unternehmer, auf unsere Kollegen, die bei der letzten Bewegung mit in dem Vordergrund gestanden haben, in der jetzigen Zeit einen Druck auszuüben. Wir ersuchen deshalb alle reisenden Kollegen, das Umschauen zu unterlassen und sich erst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen. Die Kollegen am Orte aber möchten wir auffordern, mehr wie bisher sich an den Organisationsarbeiten zu beteiligen, die Versammlungen rege besuchen und auch innerhalb der Betriebe mehr Solidaritätsgefühl zu betätigen, auch dies ist notwendig und ist die beste Agitation. Die nächste Versammlung findet Sonnabend, den 1. August statt.

Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. August d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein. In einigen Fällen gilt nicht der 1. August, sondern das besonders vermerkte Datum für das Inkrafttreten der Verbesserungen.

Erklärung der Abkürzungen: Fa. = Firma. Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit. Lohnerh. = Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne. Mindestl. = Mindeststundenlöhne. Durchschnittsl. = Durchschnittsstundenlöhne. Normall. = Normalstundenlöhne. Akkordt. = Akkordtarife.

Breslau (Treppen- und Geländerbranche): Am 31. August werden die Mindestlöhne um 1 Pf. aufgebessert.

Detmold (Fa. Brandt, Leopoldsthal): Erhöhung der Akkordpreise um 3 Prozent.

Edenkoben (Möbelfabrik von Niederhöfer): Arbzt. von 56¾ auf 56 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. steigt um 2 Pf.

Eilenburg: Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 45 auf 46 Pf. Akkordt. wird um 2 Prozent erhöht.

Frankfurt a. O. (Fa. Damke u. Co.): In der Abteilung Fußbodenfabrikation wird die Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden verkürzt mit Lohnausgleich.

Freiberg i. Sa. (Fa. Kratzsch u. Ullmann): Die Akkordtarife werden um 5 Prozent erhöht.

Friedberg i. H. (Großkarben): Lohnerh. 1 Pf. Mindestlohn steigt um 1 Pf.

Fürstenwalde: Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 51 auf 52 Pf. Akkordt. 5 Prozent.

Guben: Am 15. August Lohnerh. 1 Pf. Durchschnittsl. von 46 auf 47 Pf.

München (Rahmen- und Leistenfabrik von Inama): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 56 auf 58 Pf.

Nürnberg (Drechsler und Stockfabrik Lorbe): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 48 auf 50 Pf. Akkordt. werden um 4 Prozent erhöht.

Priebus (Sitzmöbelfabrik von G. Schmidt): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 42 auf 44 Pf.

Riesa (Möbelfabrik): Lohnerh. 1 Pf. Mindestl. von 46 auf 47 Pf., für Maschinenarbeiter von 34 auf 35 Pf.

Saalfeld (Rahmenmacher): Am 15. August Lohnerh. 3 Pf.

Schönheide (Fa. Friedrich, Eibenstock): Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 41 auf 43 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 36 auf 38 Pf. Akkordt. 5 Prozent.

Stolpen (Fa. Größler, Parkettfabrik, Arnsdorf): Arbzt. von 56½ auf 55½ Stunden. Lohnerh. 1 Pf. Akkordpreise werden um 3 Prozent erhöht. Erhöhung der Normall. um 1 Pf.

Weida: Arbzt. von 57 auf 56 Stunden. Lohnerh. 2 Pf. Mindestl. von 40 auf 41 Pf., für Arbeiter unter 20 Jahren von 36 auf 37 Pf.

In Beuel wurde mit der Bonn-Beueler Möbelfabrik an Stelle des am 1. Juli abgelaufenen Vertrages ein neuer für die Dauer von drei Jahren auf friedlichem Wege zum Abschluß gebracht. Derselbe bringt während der Vertragsdauer eine Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 53 Stunden pro Woche; die Stundenlöhne der in Lohn beschäftigten Kollegen werden um 3 Pf. erhöht, außerdem erfolgt der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung. Die Akkordpreise wurden sofort bis zu 5 Prozent erhöht, bei den eintretenden Arbeitszeitverkürzungen werden die Akkordpreise erneut festgesetzt. Die wöchentliche Abschlagszahlung für die in Akkord beschäftigten Kollegen erhöht sich an mehreren Terminen bis auf 42 Mk. Außerdem wurden eine Reihe sonstiger Bestimmungen vertraglich festgelegt. Von den im Betriebe beschäftigten Kollegen gehören 51 unserem und 17 dem christlichen Verbande an.

In Bickenbach, zur Zahlstelle Darmstadt gehörig, ist es bei der Firma Bickenbacher Schuhleistenfabrik, Inh. L. Dietrich, zu ernsten Differenzen gekommen. Der Anlaß ist ein ganz eigenartiger. Die Frau des Unternehmers wollte die Tochter eines Arbeiters als Dienstmädchen engagieren. Da das Mädchen sich weigerte, die Stelle anzunehmen, wurde der Vater entlassen. Das war, abgesehen von der moralischen Seite der Sache, auch ein glatter Vertragsbruch. Der betreffende Arbeiter war nämlich Vertrauensmann, und eine Bestimmung des geltenden Vertrages besagt, daß Vertrauensleute ohne einen Spruch der Schlichtungskommission nicht entlassen werden dürfen. Nach verschiedenen Versuchen, den Streitfall aus der Welt zu schaffen, fand schließlich eine Sitzung der Schlichtungskommission unter dem Vorsitz eines Unparteiischen statt. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde das Verhalten des Fabrikanten als vertragswidrig bezeichnet. Statt aber seinen Fehler gutzumachen, kündigte er allen organisierten Arbeitern. Am 8. August tritt die Aussperrung in Kraft. Es wird um die strengste Fernhaltung des Zuzuges gebeten.

In Gotha entwickelt sich der Kampf in der Steck-Pianofabrik nach neunwöchiger Dauer, zur selben Zeit als man glaubte, durch Verhandlungen einen anständigen Abschluß zu erzielen, zum Machtkampf. Die Fabrikleitung hatte in den letzten Tagen der Verhandlungen eine Taktik eingeschlagen, die nichts mehr mit gegenseitigem Vertrauen und Ehrlichkeit zu tun hat, sondern den Geist der Scharfmacherei trug. 60 Polierer hatten nach mancherlei Zwischenfällen die Arbeit aufgenommen, um ein Verhandeln über die Preise der inzwischen umgeänderten Arbeit zu ermöglichen. Die von der Betriebsleitung aufgestellten Tarife zeigten aber, daß man dort an ein Entgegenkommen nicht gedacht hatte. Bei den vorangegangenen Verhandlungen hat die Direktion ausdrücklich zugegeben, daß die Löhne der Polierer Aufbesserung bedürfen und haben sollen. Doch in Wirklichkeit versuchte die Leitung noch die Vorteile der neuen Arbeitsteilung für sich in Anspruch zu nehmen. Die Polierer stellten nun selbst Preise auf. Der Direktor, vor die Frage gestellt, wie er sich zu den Aufstellungen der Arbeiter stelle, mußte plötzlich privat verreisen. Eine Antwort hatte er nicht hinterlassen. Nun merkten die Arbeiter, wohin der Kurs ging. Verschleppung der Verhandlung, um einige hundert Instrumente fertigstellen zu können und so die dringendsten Bestellungen zu erledigen, war das Ziel der Direktion. Man wollte keinen Frieden. Dem Entgegenkommen der Arbeiter setzte die Leitung Verschlechterungen im gesamten Arbeitsverhältnis entgegen, statt Aufbesserungen. Nun beginnt die Suche nach Arbeitswilligen in allen Gauen Deutschlands. Mit Lohnlisten ausgerüstet, sind Werkmeister und einer von den lieben Arbeitswilligen unterwegs, um Holzarbeiter und Polierer anzuwerben. Holzarbeiter allerorts, unterstützt uns in diesem schweren Kampf, indem für strenge Fernhaltung des Zuzugs gesorgt wird.

In Lauenburg a. d. Elbe führte die Verhandlung mit den Tischlermeistern zum Abschluß eines neuen Vertrages. Die Arbeitszeit wird am 1. August 1914 von 60 auf 57 Stunden pro Woche verkürzt. Die bestehenden Löhne werden während der Vertragsdauer um 8 Pf. erhöht; der Mindestlohn steigt auf 48 Pf. pro Stunde. Auch wurden sonst noch einige Verbesserungen erreicht.

In Nortorf (Zahlstelle Neumünster) gelang es nach mehreren Verhandlungen einen Tarifvertrag für die Tischler zum Abschluß zu bringen. Am 1. Januar 1915 tritt die Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden in Kraft. Der Mindestlohn ist mit Abschluß des Vertrages auf 50 Pf. pro Stunde normiert und erhöht sich auf 53 Pf. Die Stundenlöhne erfahren eine Erhöhung von 8 Pf. während der Vertragsdauer. Im Vertrag sind ferner Ueberstundenzuschläge und Montagearbeiten geregelt.

In Oberhausen (Rheinl.) war der bestehende Vertrag im Tischlergewerbe am 1. Juli abgelaufen. Nach mehreren Verhandlungen mit der Tischlerinnung am Orte kam auf friedlichem Wege ein neuer vierjähriger Vertrag zum Abschluß, welcher eine Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden und eine Lohnsteigerung um 5 Pf. pro Stunde vorsieht. Der Durchschnittslohn erfährt eine Steigerung von 55 auf 60 Pf. die Stunde. Außer Vorgenanntem bringt der Vertrag eine Reihe sonstiger Verbesserungen gegenüber dem bisherigen. Hoffentlich lassen es sich die Kollegen nunmehr angelegen sein, besser als wie bisher für den weiteren Ausbau der Organisation zu wirken.

In Oldesloe arbeiteten die Kollegen bei den Tischlermeistern und in den Baugeschäften seit dem 1. April 1913 ohne Vertrag. Die kürzlich eingeleiteten Verhandlungen zeitigten das Ergebnis, daß je ein Vertrag mit den Tischlermeistern und den Bauunternehmern zustande gebracht werden konnte. In den Tischlereien tritt am 1. Juli 1916 eine Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden ein. Der Mindestlohn erfährt eine Erhöhung von 52 auf 60 Pf., während die Stundenlöhne in der vierjährigen Vertragsdauer um 6 Pf. erhöht werden. Mit den Baugeschäften ist ein dreijähriger Vertrag vereinbart. Die Arbeitszeit von 54 Stunden bleibt bestehen. Der Mindestlohn, der bisher 52 Pf. betrug, ist mit 60 Pf. festgelegt und steigt auf 63 Pf. Die Lohnerhöhung beträgt 5 Pf.

Ausland.

In Kristiania ist, wie uns vom Vorstand des Norwegischen Möbelarbeiter-Verbandes mitgeteilt wird, der seit dem 1. April währende Streik in der Pianofabrik von Gebr. Hals beigelegt. Es wurde ein auf drei Jahre befristeter Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Arbeitszeit von 57 auf 55½ Stunden verkürzt, die Stundenlöhne um 7 Oere, die Akkordsätze um 5 bis 29 Prozent erhöht werden. Der Mindestlohn steigt von 42 auf 47 Oere. Alle Streikenden wurden wieder eingestellt, Streikbrecher hatten sich nicht gefunden. Auch in der Orgelfabrik von Olsen u. Jörgensen sind die Differenzen beigelegt.

Aus der Holzindustrie.

Eine Rahardtsche Epistel.

Eine in mehr als einer Hinsicht merkwürdige „Mahnung an Alle, die es angeht", veröffentlicht Herr Rahardt an der Spitze der Nr. 30 der „Fachzeitung". Der Artikel beschäftigt sich mit dem Bildhauerstreik in Berlin, von dem eingangs gesagt wird, daß nach sechswöchiger Dauer eine Aenderung der Situation nicht zu verzeichnen sei. Dann wird von einem „Trick der Gewerkschaftsleitung", von einem „sattsam bekannten Manöver" des „Vorwärts" gesprochen, wobei noch einige andere Liebenswürdigkeiten an den Mann gebracht werden, weil im „Vorwärts" behauptet worden sei, daß bereits 150 Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Dabei muß Herr Rahardt aber selbst zugeben, wenn auch unter verschiedenen Wenn und Aber, daß seine eigene Behauptung von der unveränderten Situation unwahr ist, da tatsächlich bereits eine beträchtliche Zahl von Bildhauergehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiten.

Diese Tatsache geht den Scharfmachern sehr nahe. Aus den Reihen der Bildhauermeister und der Freien Vereinigung der Holzindustriellen ist eine Kommission gebildet worden, die den Auftrag hat, die Werkstätten, in welchen Bildhauer beschäftigt werden, durch Beauftragte kontrollieren zu lassen. Die Unternehmer, die bewilligt haben, sollen unter Anwendung der schärfsten terroristischen Zwangsmittel zum Bruch ihrer Zusage genötigt werden. Den Unternehmern ist es bitter Ernst mit der Ablehnung des geforderten Achtstundentages. Herr Rahardt muß sein allerstrengstes Gesicht aufsetzen, und um bei allen, die es lesen, ein gelindes Gruseln zu wecken, teilt er mit, daß er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe die Beschlüsse der genannten Kommission mit seiner Unterschrift decke. Und diese Beschlüsse besagen, daß „nach der Richtung hin", das heißt gegenüber dem geforderten Achtstundentag, „nicht die geringste Konzession in Aussicht steht, selbst wenn der Streik ein volles Jahr andauern sollte".

Herr Carl Rahardt ist ein alter Praktikus, der aus seinen eigenen Erfahrungen heraus wissen müßte, daß man niemals „Niemals" sagen soll. Er hat schon manchen Span mit den Berlinern Tischlern gehabt und mit der allergrößten Entschiedenheit jede Konzession abgelehnt, um schließlich zu zeigen, daß er auch anders kann. Der kürzlich von den Organisationen der Tischlermeister mit den Möbelhändlern abgeschlossene Vertrag, über dessen Bedeutung sich die „Fachzeitung" so beharrlich ausschweigt, ist ein sprechender Beweis dafür, daß es für die Unternehmerverbände im Berliner Holzgewerbe eine mißliche Sache ist, sich gar zu fest zu binden; der früher oder später nötig werdende Rückzug wirkt dann nur um so peinlicher. Die Entschließungen der Bildhauer sind uns nicht bekannt, wir zweifeln aber stark daran, daß ihnen das Löwenfell, in das Herr Rahardt sich hüllt, sonderlich imponieren wird.

Die „Mahnung an Alle, die es angeht", richtet sich aber indirekt auch an die Berliner Tischler, werden doch die Unternehmer, welche die Forderungen der Bildhauer bewilligt haben, als „Schrittmacher für den Achtstundentag der Tischler" bezeichnet. Also daher pfeift der Wind. Bei der verhältnismäßig kleinen Zahl von Bildhauern, die in größeren Tischlereien beschäftigt sind, Herr Rahardt selbst schätzt sie auf etwa 350, hätte die Staatsaktion gegen sie auch keinen rechten Sinn. Die Kundgebung verfolgt den Zweck, die Berliner Tischler einzuschüchtern, daß sie sich ja nicht einfallen lassen, etwa einmal den Achtstundentag zu fordern. Diese Frage ist heute nicht aktuell, aber Herr Rahardt darf sich darauf verlassen: Zur gegebenen Zeit werden auch die Berliner Tischler den Achtstundentag fordern, und — sie werden ihn erringen.

In dem Bemühen, seine Auftraggeber zufrieden zu stellen und die Mähne des erborgten Löwenfelles recht kräftig zu schütteln, ist Herr Rahardt übrigens über das Ziel hinausgeschossen, er hat ganz übersehen, daß der § 153 der Gewerbeordnung noch besteht, der nicht nur Arbeiter, sondern auch Unternehmer mit Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht, wenn sie sich des Koalitionszwanges schuldig machen. Herr Rahardt sagt z. B. von den oben erwähnten Beauftragten, die die Betriebe zu kontrollieren haben:

> „Letzteren wurde Vollmacht erteilt, die Zurücknahme etwa gemachter Bewilligungen mit allen zulässigen Mitteln zu erzwingen und die Betreffenden darauf aufmerksam zu machen, daß sie im Falle ihrer Unbotmäßigkeit alle Konsequenzen aus ihrem Verhalten zu ziehen haben werden."

Dann heißt es in der Kundgebung weiter:

> „Bedauerlicherweise haben sich auch einige bekannte Tischlermeister im „Osten" zu dem schimpflichen Mittel herbeigelassen, ihre eigene Organisation zu hintergehen. Die Betreffenden mögen hiermit gewarnt sein! Stellen sie sich nicht innerhalb acht Tagen in die Reihe der ehrlichen Leute, dann muß ihrem Bleiben in der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin ein schleuniges Ziel gesetzt werden. Das bekannte dicke Fell oder die Ausrede ..... wird diesmal nicht verfangen, denn die Arbeitgeberorganisationen sind nicht willens, diese Ritter von der traurigsten Gestalt als Schrittmacher für den Achtstundentag der Tischler unter sich zu dulden!"

Die Tatbestandsmerkmale des § 153 der Gewerbeordnung sind hier in vollem Umfange erfüllt, und wir möchten keinem Gewerkschaftler raten, bei einer Kundgebung gegen Streikbrecher die kräftige Sprache des Herrn Rahardt als Muster zu nehmen; der Staatsanwalt würde ihn in dem Falle sehr bald am Kragen heben. Der Leiter einer Kampforganisation der Unternehmer braucht natürlich solche Befürchtungen nicht zu hegen. Verstöße der Unternehmer gegen den § 153 der Gewerbeordnung werden in der Regel nicht verfolgt. Dafür fordern die Herren auf ihren Zusammenkünften um so entschiedener schärfere Gesetze — zum Schutze der Arbeitswilligen.

Eine Konferenz der schweizerischen Vergolder, Rahmenschneider usw. wurde am 5. Juli in Zürich abgehalten; an ihr nahmen Vertreter der Verbandssektionen in Zürich, Basel, St. Gallen und Wil teil. Es wurde beschlossen, die Akkordarbeit zu bekämpfen, die noch in manchen Betrieben zeitweilig üblich ist. Ein weiterer Beschluß richtet sich gegen die Ueberhandnahme der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in der Rahmenbranche, die besonders in St. Gallen und Basel beobachtet wird; allerdings sind die Rahmenschreiner gerade an diesen Orten am schlechtesten organisiert. Die Arbeitszeit beträgt meist mehr als neun Stunden, in den Goldleistenfabriken in Wil sogar zehn Stunden. Besser sind die Verhältnisse in Zürich. Hier besteht ein Vertrag, der am 1. Oktober dieses Jahres abläuft. Die vorgesehenen Mindestlöhne von 70 und 75 Cts. werden meist überschritten; der tatsächliche Durchschnittsverdienst beträgt 84 Cts. Die Arbeitszeit beträgt abwechselnd 50 und 52½ Stunden pro Woche. Nach einem Vortrag über die Aufgaben der Zentralkommission und daranschließender Diskussion wurde Zürich wieder als Sitz der Zentralkommission bestimmt. Die Wahl ihrer Mitglieder wurde der dortigen Gruppe der Vergolder überlassen.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1913.

Die in der statistischen Beilage des „Correspondenzblattes" der Generalkommission veröffentlichte Statistik der Gewerkschaftskartelle bestätigt, was nach den Jahresabschlüssen der Gewerkschaften zu erwarten war, nämlich einen Rückgang der den Gewerkschaftskartellen angeschlossenen Mitglieder. Die Ursache dieser Erscheinung ist bekannt: die ungünstige Wirtschaftslage hat die Entwicklung der Gewerkschaften nachteilig beeinflußt. Zu Besorgnissen liegt aber durchaus kein Anlaß vor. Nicht nur, daß der Mitgliederverlust verhältnismäßig gering ist, so daß er mit der Besserung der Wirtschaftslage auch schnell ausgeglichen sein wird, auch die Tätigkeit der Kartelle hat im Berichtsjahr keinerlei Einbuße erfahren.

Ihre Zahl hat sogar eine Steigerung erfahren, sie stieg von 744 auf 800. Davon sind 771 (im Vorjahre 717) an der Statistik beteiligt. 20 von den fehlenden Kartellen hatten 1912 12 607 Mitglieder. Den 771 berichtenden Kartellen gehörten 9682 Zweigvereine mit 2 311 837 Mitgliedern an. 1912 waren es 9418 Zweigvereine mit 2 339 571 Mitgliedern. Erstere nahmen somit um 264 zu; letztere dagegen gingen um 27 734 zurück. Die größten absoluten Mitgliederverluste hatten folgende Kartelle: Berlin 9871, Stuttgart 5894, München 5614, Bremerhaven 2629, Dresden 2434, Nürnberg 2377, Hannover 2290, Düsseldorf 1707, Frankfurt a. M. 1654, Plauen i. V. 1556, Breslau 1498, Leipzig 1493, Hof 1389, Barmen-Elberfeld 1373, Eberswalde 1135, und Stettin 1022. Das Kölner Kartell erscheint zwar in der Statistik mit einem Gewinn von 759 Mitgliedern, da aber inzwischen das Kartell Mülheim am Rhein mit 4308 Mitgliedern (1912) angeschlossen wurde, ist auch hier ein Verlust von 3549 zu buchen. Dagegen ist ein Rückgang der Mitglieder des Kartells Lübeck um 2934 durch den Austritt der Metallarbeiter mit 3330 Mitgliedern erklärt.

Erfreuliche Zunahmen an Mitgliedern hatten dagegen u. a. folgende Kartelle: Karlsruhe 1977, Straßburg 1962, Burg b. Magdeburg 1583, Krefeld 1136, Mügeln b. Dresden 1067 und Metz 1017.

Die Kartelle mit mehr als 25 000 Mitgliedern sind um eins (Stettin) zurückgegangen. Sie verteilen sich auf folgende 14 Orte: Berlin 302 052, Hamburg 143 338, Dresden 95 629, Leipzig 76 185, München 63 594, Nürnberg 55 723, Frankfurt a. M. 43 807, Stuttgart 43 483, Chemnitz 42 403, Bremen 37 971, Hannover 37 311, Breslau 31 732, Köln 31 176 und Magdeburg 30 766. Weitere drei Kartelle hatten mehr als 20 000 Mitglieder, nämlich: Stettin 24 573, Düsseldorf 23 213 und Kiel 22 229.

Als nicht angeschlossen wurden in 202 Orten 327 Zweigvereine der Zentralverbände gezählt (1912 in 183 Orten 272). Hierunter sind aber viele mit so geringen Mitgliederzahlen, daß sie als Zweigvereine im eigentlichen Sinne nicht zu betrachten sind. Von diesen 327 nicht angeschlossenen Zweigvereinen bezw. Mitgliedschaften hatten 303 zusammen 19 429 Mitglieder; das sind im Durchschnitt für den Zweigverein 53. 91,5 Prozent der Mitglieder der Zentralverbände gehörten den Gewerkschaftskartellen an.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle war insbesondere in bezug auf die Arrangierung von Versammlungen recht lebhaft. Es wurden von ihnen 2801 allgemeine und 1125 berufliche Versammlungen veranstaltet (1912: 2244 und 1044). Die Vermehrung ist auf die stattgefundenen Krankenkassenwahlen zurückzuführen, die eine rege Tätigkeit der Kartelle notwendig machten. Die Wirtschaftskrise veranlaßte eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosenzählungen (von 27 auf 179). Auch die Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die sonstigen Erhebungen haben zugenommen, erstere von 4 auf 19, letztere von 83 auf 121.

Die fortgesetzte Fürsorge für durchreisende Gewerkschaftsmitglieder findet ihren Ausdruck in der Zunahme der Gewerkschaftsherbergen. Herbergen in Gastwirtschaften wurden im Jahre 1912 349 unterhalten; deren Zahl stieg im Jahre 1913 auf 378. Die Zahl der von den Kartellen in eigener Regie unterhaltenen Herbergen stieg von 36 auf 41. Aller Warnungen ungeachtet steigt auch die Zahl der Gewerkschaftshäuser; im Jahre 1912 waren es 77, 1913 schon 83, von denen 47 im eigenen Besitz der Kartelle waren, die jedoch häufig an diesem Eigentum keine rechte Freude haben und froh sind, wenn sie der übernommenen Verpflichtungen ledig werden.

Die Einrichtung von Bibliotheken und Lesezimmern hat weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Die gemeinsamen Bibliotheken wurden von 581 auf 659, die Lesezimmer von 98 auf 106 vermehrt. Auch die Referentennachweise weisen eine Zunahme auf. Die letztere Institution ist aber wohl großenteils durch die Bildungsausschüsse, die ihre Aufgaben übernommen haben, überflüssig geworden. Diese haben sich in den letzten Jahren stark entwickelt und sind ein gutes Mittel, um Bildung und Wissen unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. An Bildungsausschüssen waren 1912 429, 1913 501 Kartelle beteiligt, an Jugendkommissionen 1912 415, 1913 480 Kartelle. Diese beiden Einrichtungen führen die Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung zu gemeinsamer ersprießlicher Arbeit zusammen. Zur Förderung dieser werden von mehreren Kartellen Extrabeiträge erhoben, was beweist, daß die Arbeiter keine Opfer und Mühen scheuen, um ihr Wissen zu vertiefen und allgemeine Aufklärung zu verbreiten.

Die von den Kartellen geschaffenen Einrichtungen für die Förderung des Arbeiterschutzes werden zum Teil durch die Arbeitersekretariate oder durch angestellte Beamte abgelöst. Das erklärt die geringe Zunahme der Kommissionen für Beschwerden an Gewerbeinspektionen, von 133 auf 137. Besondere Kommissionen für Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber bestanden 1913 weniger als 1912, nämlich 34 gegen 42. Dies ist dadurch zu erklären, daß diese Art der Entlohnung immer mehr zurückgeht und daß die Gewerkschaften, für die solche Verhältnisse noch eine größere Rolle spielen, die Aufgaben dieser Kommissionen mehr und mehr selbst übernommen haben. Die Bauarbeiterschutzkommissionen nahmen von 257 auf 282 zu. Auch auf diesem Gebiete sind andere Korporationen gleichfalls tätig. Teilweise werden diese Kommissionen auch nicht von den Kartellen, sondern unabhängig von ihnen von den beteiligten Verbänden gebildet. Eines der wichtigsten Gebiete der Tätigkeit der Kartelle bildet die Gewährung von Rechtsbelehrung und Rechtshilfe. Hierfür wurden von ihnen 112 Arbeitersekretariate (1912: 106) und 232 (1912: 212) Rechtsauskunftstellen unterhalten. Eigene Büros hatten außerdem noch 28 Kartelle, 1912: 20. Die Zahl der von den Kartellen Angestellten wuchs von 188 auf 204.

Die Höhe der Kartellbeiträge ist sehr verschieden. Sie schwankte zwischen 5 Pf. und 6,10 Mk. Die Kartelle Roßlau und Stade mit den höchsten Beiträgen von 6 Mk. und 6,10 Mk. erhoben für Errichtung von Gewerkschaftshäusern allein 5,20 Mk. jährlich. Die Beiträge stiegen allgemein. Der Durchschnittsbeitrag betrug 1912: 84 Pf., 1913 dagegen 92,7 Pf. Die Kartelle mit Beiträgen bis zu 40 Pf. pro Mitglied werden weniger, ihre Zahl betrug 1910: 289, 1913 nur noch 234. 176 Kartelle gleich 22,8 Prozent aller mit 31,6 Prozent der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder erhoben jährliche Beiträge von mehr als 1 Mk. pro Mitglied. Man ersieht daraus, daß die Anforderungen, die von den Kartellen in bezug auf Beitragsleistung gestellt werden müssen, nicht gering sind und daß diese Ansprüche fortgesetzt steigen.

Die Einnahmen der Kartelle beliefen sich 1913 auf 2 156 507 Mk.; das sind 180 245 Mk. mehr als 1912. Die Ausgaben betrugen 2 163 589 Mk. gegen 1 787 088 Mk. im Jahre 1912. Hiervon wurden allein 487 188 Mk. gleich 22,5 Prozent für Sekretariate und Auskunftstellen ausgegeben (1912: 373 036 Mk. gleich 20,9 Prozent). Die Aufwendungen der Gewerkschaftsmitglieder hierfür sind in Wirklichkeit noch bedeutend höher; denn in diesen Summen sind die direkt an die Sekretariate gezahlten Beiträge nicht enthalten. Auch gehört ein Teil der Ausgaben für Verwaltungskosten unter diesen Posten. Auch die Ausgaben für Bibliotheken und Lesezimmer sind absolut und prozentual gewachsen, nämlich von 111 567 gleich 6,2 Prozent in 1912 auf 168 680 gleich 7,8 Prozent in 1913. Für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle wurden 15 491 Mk. mehr ausgegeben als 1912, nämlich 169 975 Mk. Das Verhältnis zur Gesamtausgabe ist aber prozentual niedriger, 7,9 zu 8,6 Prozent. Dagegen sind die Ausgaben für Agitation und Arbeitervertreterwahlen absolut und prozentual wesentlich gestiegen, namentlich für letztere. Das ist begreiflich bei dem Umfange dieser Wahlen im Jahre 1913. Für Agitation wurden ausgegeben 130 181 Mk. gleich 6,0 Prozent (1912: 99 746 Mk. gleich 5,6 Prozent), für Arbeitervertreterwahlen 174 918 Mk. gleich 8,1 Prozent (1912: 43 053 Mk. gleich 2,4 Prozent). Die sonstigen Verschiebungen in den Ausgabeposten sind, abgesehen von dem für Streiks und Aussperrungen, von geringer Bedeutung. Sie verteilen sich wie folgt: Statistische Erhebungen 6137 Mk. gleich 0,3 Prozent (1912: 6490 Mk. gleich 0,4 Prozent), Herbergen und Arbeitsnachweise, worunter auch teilweise Geschenke an Durchreisende und Ausgaben für Schlafmarken, 64 071 Mk. gleich 3,0 Prozent (1912: 58 560 Mk. gleich 3,3 Prozent), Streiks und Aussperrungen 18 345 Mk. gleich 0,8 Prozent (1912: 151 370 Mk. gleich 8,5 Prozent), Verwaltungskosten 287 513 Mark gleich 13,3 Prozent (1912: 235 538 Mk. gleich 13,2 Prozent) und Sonstige Ausgaben 656 437 Mk. gleich 30,3 Prozent (1912: 553 244 Mk. gleich 30,9 Prozent). Die Kassenbestände der berichtenden Kartelle sind infolge der außerordentlich hohen Ausgaben zurückgegangen von 1 033 739 Mark im Jahre 1912 auf 1 026 657 Mk. im Jahre 1913.

Dieser kurze Auszug aus der Statistik läßt erkennen, daß die Gewerkschaftskartelle wichtige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen haben. Das Arbeitsgebiet der Kartelle ist einem gewissen Wechsel unterworfen; manches, so die Aufbringung von Mitteln für Streiks, hat nicht mehr die Bedeutung wie früher. Dafür sind andere Verpflichtungen hinzugetreten, wie die Arbeit für die „Volksfürsorge", die Mitarbeit in für die Arbeiterschaft wichtigen Körperschaften, wie Genossenschaften, bei staatlichen Einrichtungen usw. Die Jugenderziehung und die Bildungsbestrebungen machen immer höhere Aufwendungen nötig, und gern bringt die organisierte Arbeiterschaft immer mehr Opfer, weil sie weiß, daß dies zu ihrem Wohle und Vorwärtskommen dienlich ist.

Die Aussperrung der Tuchmacher in der Niederlausitz. In der vom Unternehmertum so frivol heraufbeschworenen Aussperrung von 30 000 Textilarbeitern ist in der ersten Kampfwoche eine Aenderung nicht eingetreten. Am Schluß der Woche verlautete, daß von verschiedenen Seiten Einigungsverhandlungen angebahnt seien. Die Bürgermeister von Forst und von Kottbus, auch der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. bringen einer Vermittlungsaktion Interesse entgegen; insbesondere aber drängen die Wollelieferanten auf die Beilegung des Streiks, dessen Wirkung sie an ihrem Geldbeutel zu spüren bekommen. Natürlich sind sie nicht die einzigen Leidtragenden, auch die Abnehmer der Tuchfabrikanten werden schwer betroffen, um so schwerer, je länger die Aussperrung anhält.

Die aussperrungswütigen Fabrikanten selbst haben sicher schon längst eingesehen, was für eine großartige Eselei sie mit ihrer Aussperrung begangen haben. Um einer, wie aus den aufgestellten Forderungen ersichtlich, ganz elend entlohnten Arbeiterschicht eine Lohnerhöhung zu verweigern, die insgesamt pro Woche nur 200 Mk. ausmacht, den einzelnen Fabrikanten also im Durchschnitt mit noch nicht 4 Mk. trifft, haben die Lausitzer Tuchfabrikanten diese riesige Aussperrung inszeniert, bei der sie sich gehörig in den Finger geschnitten haben. Davon, daß den Walkern eine Lohnerhöhung nicht gewährt werden könnte, kann im Ernst keine Rede sein. Für die Rentabilität der Tuchfabrikation zeugt allein der Umstand, daß eine ganze Reihe von Fabrikanten Kommerzienräte sind, ein Titel, der bekanntlich so kostspielig ist, daß er in der Regel nur an Millionäre verliehen wird.

Mit der Aussperrung haben sich die Fabrikanten verrechnet, sie sollte lediglich ein Schreckschuß sein, durch ihre Androhung sollten die Handvoll streikender Walker in die Fabriken getrieben werden. Aber diesmal ließen sich die Arbeiter nicht schrecken, und so wurde aus dem Schreckschuß ein Schuß, der nach hinten losging und dem Schützen schweren Schaden zufügt. Ob die Führer des Fabrikantenverbandes wirklich die Absicht hatten, sich durch die Aussperrung der Konkurrenz der kleinen Unternehmer zu entledigen, mag dahingestellt bleiben, aber sicher hat der Kampf diese Wirkung und mancher kleine Fabrikant hat es schon sehr bedauert, daß er sich von den Herren Kommerzienräten in die Tinte reiten ließ.

Diese empfinden es überdies peinlich, daß sie genötigt waren, die Unorganisierten mit auszusperren, so daß auch mit Streikbrechern kein Geschäft zu machen ist. Einem Ausfrager des „Berliner Tageblatt" wurde in dieser Beziehung von den Unternehmern gesagt, daß sie sich nur sehr ungern dazu entschlossen haben, die Unorganisierten mit den Organisierten in den gleichen Topf zu werfen, eine Teilaussperrung sei jedoch technisch unmöglich. Ausschlaggebend war aber wohl das Argument, welches der Berichterstatter des genannten Blattes mit folgenden Worten wiedergibt: „Vielfach sind auch gerade die organisierten Arbeiter am tüchtigsten." Diese Tatsache selbst ist längst bekannt, sie wird aber von den Unternehmern und ihren Soldschreibern häufig geleugnet. Um so wichtiger ist es, ein solches Zugeständnis festzuhalten. — Hoffentlich kommt es nun bald zu einer Verständigung zwischen den Parteien, durch die der Kampf in ehrenvoller Weise beendet wird.

Der Fabrikarbeiter-Verband hielt seine Generalversammlung vom 6. bis 11. Juli in Stuttgart ab. Im Vordergrund der Verhandlungen standen hier die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in der Frage der Grenzstreitigkeiten. Bekanntlich haben dort die Fabrikarbeiter und die Gemeindearbeiter eine „Erklärung" abgegeben, die sich entgegen der vom Kongreß befürworteten Berufsorganisation für die Betriebsorganisation und gegen die Zwangsschiedsgerichte ausspricht. Diese Erklärung wurde vom Verbandstag jetzt ausdrücklich gebilligt, jedoch von weiteren Beschlüssen abgesehen. Der Vorsitzende erklärte sogar ausdrücklich, daß der Friede nicht gestört werden solle, wenn sich die andere Seite ebenso friedfertig erweise. In der Diskussion wurde auch der Kartellvertrag mit unserem Verband behandelt, wobei mehrere Redner die Verteilung der Gummiarbeiter tadelten. Die beantragten Aenderungen der Beiträge und Unterstützungssätze wurden abgelehnt. Der Vorstand erhielt dagegen den Auftrag, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage mit Erhöhung der Beiträge nach gestaffelten Sätzen zu machen. Ein Antrag, die Maiausgesperrten aus der Gewerkschaftskasse zu unterstützen, verfiel der Ablehnung. Weiblichen Mitgliedern, die nur zeitweise erwerbstätig sind, soll künftig gestattet sein, gegen einen 10-Pf.-Wochenbeitrag ihre Mitgliedschaft auch in der übrigen Zeit aufrecht zu erhalten, wobei ihnen dann allerdings in diesen Wochen nur Anrecht auf Rechtsschutz, Umzugs- und Sterbegeld bleibt. Die bereits vor zwei Jahren beschlossene freiwillige Versicherung der unbesoldeten Funktionäre wurde jetzt für alle Zahlstellen obligatorisch gemacht. Der Beitrag beträgt 5 Pf. pro Jahr und Mitglied. Mit der Tagung war eine Ausstellung von Bildern unfallverletzter Personen aus der chemischen Industrie und Papierindustrie verbunden. Die dargestellten Verletzungen sind zumeist durch die Verätzung von Säuren und Laugen, durch Verbrennung infolge Explosionen und Entzündung leicht brennbarer Flüssigkeiten oder durch Hineingeraten der Arbeiter in Maschinen entstanden.

Internationale Gewerkschaftskonferenz in San Francisco. Entsprechend dem Beschlusse der 1913 in Zürich stattgefundenen Konferenz wird die nächste oder neunte Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in San Francisco anläßlich der dortigen Weltausstellung stattfinden. Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat nun bestimmt, daß die Konferenz am 3. Juni 1915 beginne, da in der darauffolgenden Woche der amerikanische Gewerkschaftskongreß stattfinden soll. Dem letzteren werden die Vertreter der anderen Länder, entsprechend dem bisherigen Gebrauch, ebenfalls beiwohnen. Der Termin ist von der Exekutive der A. F. of L. festgesetzt. Er bedarf wahrscheinlich noch der Zustimmung der im Herbst 1914 in Philadelphia tagenden Konvention. Um allen Ländern die Entsendung einer Vertretung zu ermöglichen, wurde in Zürich beschlossen, für einen Delegierten pro Land die gesamten Kosten im Umlageverfahren zu decken. Dort war auch, anläßlich der ersten Konferenz der internationalen Berufssekretäre, der Wunsch ausgesprochen worden, die internationalen Berufssekretäre auch in Zukunft zu den Konferenzen der Vertreter der Landeszentralen einzuladen. Es ist beabsichtigt, das auch für San Francisco zu tun. Den Delegierten, denen sich möglicherweise auch andere Organisationsvertreter zu Studienzwecken anschließen werden, soll zugleich Gelegenheit geboten werden, das amerikanische Organisationswesen sowie die den einzelnen besonders interessierenden Industrien, so gut wie dies in kurzer Zeit möglich ist, kennen zu lernen. Ganz besonders aber darf man von der Konferenz in San Francisco eine noch engere Verbindung zwischen der Arbeiterbewegung der Alten und der Neuen Welt erwarten, und eine solche ist in beiderseitigem Interesse dringend nötig.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

„In freien Stunden". Von dieser Zeitschrift ist soeben der neueste Halbjahrsband in der bekannten guten Ausstattung erschienen. „In freien Stunden" bieten gute Unterhaltungsliteratur, welche sich, wie die starke Nachfrage in den Arbeiterbibliotheken beweist, großer Beliebtheit erfreut. Der Preis des reichillustrierten Bandes beträgt in Leinen gebunden 4 Mk., in Halbfranzband 5 Mk.

Geschlechtskrankheiten und Alkohol. Von Dr. H. Hecht. Preis 10 Pf. Verlag Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund (J. Michaelis), Berlin SO. 16, Engelufer 19.

Der Sozialismus der israelitischen Propheten — Der Sozialismus der Kirchenväter. Von Paul Pflüger. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 25 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.

Luxemburg-Prozeß und Soldatenmißhandlungen. Rede gehalten am 13. Juli 1914 zu Frankfurt a. M. von Rechtsanwalt Paul Levi. Verlag der Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. Preis 10 Pf.

Versammlungs-Anzeigen.

Eilenberg. Sonnabend, den 8. August, abends 8½ Uhr, im Restaurant Büchner.

Essen a. Ruhr. Parkettleger. Sonntag, den 9. August, vorm. 10½ Uhr, Sektions-Versammlung im Restaurant Bernewäldchen, Moltkestraße.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis Rückerstraße 9, III:

Drechsler, Modelltischler, Stellmacher, Stockarbeiter: 8–10 Uhr vormittags
Möbelpolierer von 8–11 Uhr vormittags
Maschinenarbeiter, Einsetzer: von 10–12 Uhr vormittags
Kistenmacher, Leisten-Vergolder, Rahmenmacher: 1–3 Uhr nachmittags
Bautischler von 1½–3 Uhr nachmittags
Tischler aller Branchen (außer Bautischler) von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

In dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Rungestr. 30 I., parterre, Zimmer 8, werden folgende Branchen vermittelt:

vormittags von 10–12 Uhr:

Bodenleger,	Kammacher,
Bürstenmacher,	Perlmutterarbeiter,
Hutformentischler,	Schirmmacher,
Klavierarbeiter,	Rahmenvergolder;
Korbmacher,	

vormittags von 11–12 Uhr:

Jalousiearbeiter.

☛ Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

☛ Das Anfragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Bremen. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Drechsler, Polierer, Maschinenarbeiter, Stellmacher und Kistenmacher befindet sich Buchtstr. 57. Alle übrigen Branchen werden am Bureau vermittelt. — Das Umschauen sowie das schriftliche Anfragen bei Arbeitgebern und die Benutzung anderer Arbeitsnachweise ist durchaus zu unterlassen.

Chemnitz. Der Arbeitsnachweis befindet sich auf unserem Verbandsbureau, Dresdner Str. 38, I. Umschauen, der städtische Arbeitsnachweis sowie schriftliche Anfragen bei den Unternehmern sind streng untersagt. Zugereiste Kollegen haben sich in jedem Falle auf dem Verbandsbureau zu melden.

Donaueschingen. Die Reiseunterstützung wird nur noch von 12 bis 1 Uhr mittags und abends von 6 bis 7 Uhr ausbezahlt, und zwar im Verkehrslokal „Zum Schwan" in Allmendshofen.

Fürth. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Büro, Hirschenstr. 24, I. Geöffnet von 11–1 und 5–7 Uhr. Samstag von 9 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags, Sonntag geschlossen. Das Umschauen ist strengstens verboten. Von auswärts in Arbeit tretende Kollegen haben zuvor im Büro Erkundigung einzuholen.

Halle a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich Harz 42/44. Die Arbeitsvermittlung erfolgt vormittags 11¼ Uhr. Umschauen und schriftliche Anfragen sind nicht gestattet. Die Benutzung des städtischen Arbeitsnachweises ist streng untersagt.

Köln. Der Arbeitsnachweis der Modellschreiner befindet sich im Volkshaus, Severinstraße 199, im Verbandsbureau. Alle stellensuchenden Kollegen haben sich dort zu melden. Umschauen ist verboten, ebenfalls das schriftliche Anfragen bei den Unternehmern. Auf dem Verbandsbureau sind Auskünfte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Auch die vorherige Benutzung eines anderen Arbeitsnachweises ist nicht gestattet. Das Bureau ist geöffnet: von 9½–10½ Uhr vormittags, von 12–1 Uhr mittags, und von 5–7 Uhr nachmittags.

Mittweida, Sachsen. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei **Karl Diebler**, Scheibenstr. 40, II. Geöffnet abends 6½–8 Uhr. Umschauen ist zu unterlassen.

Neustadt a. Orla. Auskunft erteilt die Lokalverwaltung. Reiseunterstützung nur von 7 bis 8 Uhr abends in der Herberge, Friedhofstraße. Umschauen streng verboten.

Vegesack. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Vegesack, Kirchenstr. 69. Die Arbeitsvermittlung erfolgt morgens Punkt 10 Uhr. Umschauen, schriftliche Anfragen oder die Benutzung eines anderen Nachweises ist streng verboten.

W. Müller, Tischler, geb. 20. Juli 1871 zu Schmielau, Buchn. 52 396, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Sozialdemokratischen Verein für den 3. Hamburger Wahlkreis gegenüber schleunigst nachzukommen. Kollegen, denen die Adresse Müllers bekannt ist, werden gebeten, dieselbe H. Lüth, Hamburg 36, Große Theaterstraße 44, mitzuteilen.

Fritz Breiter, Tischler, geb. 10. 6. 90 zu Reichenbach, Buchn. 414 418, wird gesucht. Um Angabe der Adresse ersucht Adolf Heinze, Copitz b. Pirna, Hochstr. 12.

Tüchtige **Bautischler** für bessere Bauarbeit sucht für sofort

R. Winsorra, Fabrik m. Kraftbetrieb, **Konitz,** Westpr.

Tüchtige **Stuhl- und Sesselbauer** (saubere Arbeiter) werden gesucht.

Harzer & Co., Sitzmöbelfabrik, **Olbernhau** i. Erzgebirge.

Wegen Betriebsvergrößerung **5 tücht. Tischler** auf eichene Herren- u. Speisezimmer gesucht.

H. Kampmeier, Lage (Lippe).

Tüchtige **Stuhlpolierer** stellt sofort ein

Waldeck'sche Stuhlfabrik G. m. b. H. Mengeringhausen, Waldeck.

Gesucht einige gewandte **Sitzmöbelschreiner** für gute sichtbare Garnituren u. bess. Stühle.

Schubert & Schramm, Möbelfabrik, **Uttwil a. Bodensee** (Schweiz).

Tüchtiger Bautischler

für dauernde Beschäftigung, bei hohem Lohn gesucht.

R. Rickel, Lugknitz b. Muskau (O.-L.).

[illegible] sofort suchen wir einige tüchtige Polierer auf Mahagoni und Kirschbaum. Stellung dauernd und gut bezahlt. Angebote richten

Wilh. Bizer & Co., Spezialität: Schlafzimmer, **Tailfingen, O.-A. Balingen** (Württbg.).

---

2 tüchtige **Gesellen** auf Bau und Möbel sofort gesucht.

Heinrich Mühlhan, mech. Schreinerei, **Kusel** (Pfalz).

Gesucht wird durchaus tüchtiger, gewandter **Holzdrechsler** auf bessere Treppenstäbe.

Straßner & Ziegler, Frankfurt a. M., Gr. Friedbergerstr. 13–17.

Aelterer **Drechsler,** auf Oval gut eingerichtet, **sucht Stellung.** Werte Off. erbeten unter **Fr. H., Döbeln,** Brauhausgasse 11 pt.

Jungem strebsamen **Stellmacher** (auch Kastenmacher) bietet sich Gelegenheit, selbstständig zu machen. Kleine Stadt Hinterpommerns. Nähere Auskunft erteilt

Wilh. Hentschel, Berlin N. 58, Schliemannstr. 3.

Korbmacher auf Ballonkörbe

gesucht.

Andreas Pesch in **Zons** b. Düsseldorf.

Zwei tüchtige **Korbmachergehilfen** auf Grün sofort gesucht. **Paul Henkel,** Korbmacher, **Herwigsdorf** b. Löbau, Sachsen.

Einige **Korbmacher** auf Reisekörbe finden dauernde Beschäftigung bei

Otto Räder, Themar.

Einen **Korbmacher** auf Geschlagenes sucht **Aug. Puschmann,** Löwenberg i. Schl.

Korbmacher, sofort bei höchstem Lohn, auf bessere Peddigmöbel sowie auf Reisekörbe für dauernd gesucht.

Rohrmöbelfabrik Heinrich Kimmel, Troisdorf, Bez. Köln a. Rh.

Korbmacher

auf Rohr- u. Weidenarbeit, sucht für dauernd

Zeitzer Transportkorbfabrik, Zeitz.

Ein tücht. **Korbmacher,** in allen Arbeiten erfahr., find. dauernde, gut bezahlte Stelle bei **Wilh. Schröter, Barmen,** Schuchardstr. 16.

Jungen tüchtigen **Korbmacher** sucht

Albert Gregori, Harthau b. Chemnitz, Claffenbacherstr. 42.

Suche für sofort 2 tüchtige **Korbmacher** auf runde grüne Mattarbeit.

Conr. Möller, Salzkotten i. W., Markt 14.

Gesucht 2 tüchtige **Korbmacher** auf Mattarbeit. **Richard Niemann,** Korbgeschäft, **Artlenburg a. E.** (Hann.).

Korbmacher auf Ballon- (grüne Korbflaschen) und Obstkörbe eingearbeitet (Verdienst 35 Mk. wöchentl.) stellt ein

L. Fogelberg & Co., Wickrath (Rhld.).

Bandsäger u. Bürstenhölzerbohrer sofort für dauernde Arbeit gesucht. Auf Akkord oder Wochenlohn.

Otto Meyer, Siebenbäumen i. Lbg.

Ein durchaus tüchtiger, solider **Bürstenmacher,** in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, erhält dauernde Stellung. Stundenlohn 45 Pf. **A. Cohen, Emden.**

Einen **Pantinen-Nagler** für dauernd gesucht. Lohn 5½, 6 Pf. pro Paar.

Franz Herrmann, Rowawes, Turnstraße 2.

Tüchtiger **Zu- und Handrundschneider** für dauernde Beschäftigung gesucht.

S. Dornbusch, Korkenfabrik, **Bonn.**

Holzfräserei

mit alter Kundschaft billig zu verkaufen.

Kesseler, Berlin, Lausitzerstr. 22.

Tischlerei u. Kolonialwarenhandlg., ist anderweitigen Unternehmens halber für 6500 Mk., bei 3000 Mk. Anzahlung, zu verkaufen.

Franz Seger, Horst-Holzdorf, Elster.

Leimöfen für Dampf-, Gas-, Holz- u. Spänefeuerung

Holtz & Röhricht, Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 218.

Existenz für Stellmacher, Bautischler usw.

Sterbefallshalber in Hamburg eine im vollen Betrieb befindliche, seit 1857 besteh. **Werkzeugmacherei** f. d. Holzbearbeitung (drei Hobelbänke) sofort unt. günst. Beding. gegen bar zu verkaufen. Laie kann angelernt werd. Off. unt. B. L. 400 an die Exped. dies. Bl.

Soeben ist erschienen:

Protokoll über d. Verhandlungen des Verbandstages in Dresden.

Zu beziehen durch alle Lokalverwaltungen. Preis für Verbandsmitglieder 20 Pf., gebundene Exemplare 50 Pf. Für Einzelexemplare wird das Porto mit 20 Pf. extra berechnet.

Im Buchhandel beträgt der Preis 90 Pf. für ein broschiertes und 1,20 Mk. für ein gebundenes Exemplar.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.
Berlin SO. 16 :: Am Köllnischen Park 2.

Soeben ist erschienen:

Technik des Stellmachers
Heft 2

Inhalt: Das Arbeitsgebiet des Stellmachers. — Automobile in alter Zeit. Von Th. Wolff, Friedenau. — Konstruktionsplan zum Limousinen-Landaulet. Von H. Mönkemeier, Berlin. — Von der Herstellung des Wagenrades. Von E. Fuhrmann. — Der Kutschwagen. Von G. Engelhard, München. — Die Literatur des Stellmacherberufes.

Preis 2,— Mk.

Vorzugspreis f. die Mitglieder d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes 1,50 Mk.

Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.
Berlin SO. 16 :: Am Kölln. Park 2.

Julius Treibar, Grimma sendet Ihnen Preisliste seiner Fabrikate: **Kinderwagen, Leiterwagen, Reisekörbe, Wirtschaftskörbe oder Rohrmöbel** je nach Ihrem Bedarf.

+ Polstergestellfabrik +

im Zentrum des Ruhrgebiets, mit feiner Kundschaft, ist umständehalber billig zu verkaufen. Sämtl. Maschinen u. 8 Hobelbänke vorh. Anzahl. 4000 Mk. Verkäuf. bleibt evtl. m. Teilh. Off. u. C. D. 404 Exp. d. Holzarb.-Ztg.

Wertvoll für jeden Holzarbeiter!

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.
Berlin SO. 16 :: :: Am Köllnischen Park 2

Wir empfehlen zur Anschaffung:

Der Landtischler. Von A. Graef. Entwürfe zu einfachen Möbeln. Dritte, vollständig neu bearbeitete Auflage. 28 Foliotafeln und 8 Werkstattzeichnungen in natürlicher Größe. In Mappe. Mk. 7,50

Der Dorfschreiner. Von A. und M. Graef. 24 Tafeln und 6 Werkstattzeichnungen mit Text. In Mappe. Mk. 7,50

Die Tischlerschule. Von Chr. Schröder. Neu bearbeitet von Aug. Graef. Leichtverständliche Darstellung der wichtigsten theoretischen und praktischen Kenntnisse des Bau- und Möbeltischlers. Textbuch 194 Seiten und Atlas mit 16 Foliotafeln Mk. 7,50

Der Tischler-Lehrling. Praktischer Ratgeber für die Lehrzeit nebst Anleitung zur Gesellenprüfung. Von Josef Eisenach. 58 Seiten. Mk. 0,50

Stilkunde. Von Prof. K. O. Hartmann. Mit 7 Vollbildern und 195 Textillustrationen. Vierte Auflage. 1908. Geb. Mk. 0,90

Stil und Stilvergleichung. Kurzgefaßte Stillehre für Laien, Kunst- und Gewerbebeflissene von Karl Kimmich. Brosch. Mk. 1,50, geb. Mk. 2,—

Wir empfehlen:

Gewerkschaften u. Sozialdemokratie
Von Adolf Braun

Preis 50 Pfennig

Vorzugspreis für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes :: 20 Pfennig ::

Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.
Berlin SO. 16 :: Am Köllnischen Park 2.

Paul Horn

Politur- und Lackfabrik

Hamburg 23.

Unübertroffen und darum von so großer **Werbekraft** sind **Peha-Matt,** meine nach mein **wasserechtes,** eigenem **Verfahren** hergestellten und **gereinigten Schellackpolituren** und meine hochmodernen **Holzbeizen,** die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambraulibeizen usw.). — Mein **neues Polierverfahren** hat sich glänzend bewährt. **Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt! Man erspart: Material, Zeit und Arbeit!**

Ich versende zum **Versuch** ein Körbchen, enthaltend:
1 Flasche Peha-Matt
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt
1 „ Patentpolitur zum Reinpolieren
1 „ allerfeinsten Politur-Glanzlack (blond
1 „ Kristall-Lack (blond)
1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich)
1 Dose Porenfüllpulver Mon-Ak (nußbaum)
1 „ Marmor-Mona (mahagoni)
1 „ Bimsstein-Polier-Pulver (hellnuß)
1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum Auskitten schadhafter Holzstellen)
1 Stück Kork-Schleifklotz (120 × 75 × 30 mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskollo zum Polieren zu 8 Mk., frk. inkl. Emballage.

☛ **Eingelegte Furniere** ☚
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken
Zahlreiche Anerkennungsschreiben
E. Biller, Marqueteur, **Heidelberg.**
Theater-Strasse 7.

Bleistifte u. Maßstäbe „Solidarität"
Den Genossen empfohlen. **J. Blos, Stein-Nürnberg.**

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel
liefert seit 30 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 70.

Moderne Büromöbel

kräftige, solide Konstruktion unter Verwendung bester Materialien

liefert die

Rheinisch-westfälische Holzindustrie G. m. b. H., Dortmund

Feinste Referenzen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen.

Kunstgewerbliche Tischlerschule
Blankenburg, H. 2
Programm frei. **Direktor Reinaking.**

Tischlerfachschule
Silb. Med. **Detmold** Gegr. 1893
Älteste u. leistungsfähigste Schule
Gründl. u. gewissenh. Ausbild. in allen techn. u. kalk. Fächern. – Erstkl. Handelslehranstalt
Kostenlose Auskunft d. d. Sekretariat Städtisches Schulgebäude.

Tischlerfachschule Ilmenau
Fach- und Handels-Unterricht
Meisterprüfung — gründlich und schnell
Direktion: **Architekt Kallsen.**

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen
Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule.
Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.
Programm kostenlos durch die Direktion.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband

Wochenbericht vom Sonnabend, 18. Juli, bis Freitag, 24. Juli 1914.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	32	—	468	189	—	1236	37	—	213	46	—	567	3	—	69	115	—	764	422	—	3317
Bremen	51	3	54	30	—	18	7	2	7	7	4	3	—	—	—	1	—	3	96	9	85
Breslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Celle	—	—	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
Eilenburg	—	—	—	3	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	5	1	6
Forst	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	49	—	20	10	—	65	3	—	2	—	—	9	—	—	4	4	—	16	66	—	116
Herford	—	—	—	2	—	4	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	5
Leipzig	34	—	9	68	—	125	17	—	13	15	—	4	2	—	7	4	—	36	140	—	194
Lübeck	10	—	13	—	—	8	1	—	2	—	—	—	—	—	1	—	—	1	11	—	25
Zusammen	177	3	566	303	1	1462	65	2	238	68	4	583	5	—	81	126	—	821	744	10	3751
Vor. Woche	204	—	625	272	—	1582	76	2	287	62	5	600	7	—	79	132	—	941	753	7	4114

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.